

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Gebäcker, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnl. Zeile 50 Pfg. für die Zeilen 30 Pfg.

Der neue Reichstarif in den Genossenschaftsbäckereien.

Der Genossenschaftsstag in Bremen hat in der vorigen Woche dem mit unsern Verbandsvertretern und den Unterhändlern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angearbeiteten Tarifvertrag seine Zustimmung gegeben. Mit diesem Beschluss sind erneut die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unsere in den Verbänden beschäftigten Kollegen und Kolleginnen auf fünf Jahre, bis 1. August 1919, geregelt.

Die Unterhandlungen wurden gemeinsam mit den Vertretern des Transportarbeiterverbandes und den Genossenschaftsvertretern in den Tagen vom 2. bis 7. Februar und vom 16. bis 18. März gepflogen. Den getroffenen Abmachungen wurde bereits in der Generatratssitzung im April die Zustimmung gegeben, so daß vorauszu sehen war, auch der Genossenschaftsstag diesem Beschluss beizustimmen werde.

Bei dem letzten Vertragsabschluss hat sich unter einem Teil der Genossenschaftsarbeiter, weniger des materiellen Inhalts wegen, als um die Zusammensetzung der Unterhandlungskommission, eine Mißstimmung herausgebildet, die sogar dazu führte, die Einführung von Festtarifen zu empfehlen. Eine Delegiertenkonferenz dieser unserer Mitglieder hat aber den Gedanken verworfen und einstimmig beschlossen, an der Form des Reichstarifs festzuhalten. In Unterhandlungsvertretern wurden dem Vorstand Kollegen aus den Genossenschaftsbetrieben beige stellt. Diese Mißstimmung konnte aber auch auf der Genossenschaftsseite wahrgenommen werden. Dort waren allerdings die Gründe in entgegenge setzter Richtung zu suchen, nämlich weil der materielle Inhalt des Vertrages viel zu weitgehend war. So wurden also von beiden Seiten zu diesen Unterhandlungen Vertreter aus den Genossenschaften von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite hinzugezogen.

Der Inhalt des Vertrages (den wir in der nächsten Nummer im Wortlaut veröffentlichen) wird auch jetzt nicht einmütige Anerkennung beider Teile finden. Solche Tarife, die von beiden Seiten mit freudigster Zustimmung Aufnahme finden, können niemals abgeschlossen werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß vom Arbeitgeberstandpunkt die Verbesserungen als zu weitgehend und bei der Arbeitnehmerseite als zu gering bezeichnet werden. Auch bei den Genossenschaften wird in der nächsten Zeit diese Meinung nicht vollständig verschwinden, denn auch hier müssen recht viele Praktiken, die sich im kapitalistischen Wirtschaftsleben eingebürgert haben, übernommen und manchmal recht lange beibehalten werden. Die Auswertung solcher Zustände kann um so früher geschehen, als die Gesamtarbeiterschaft auch als Konsumment der Wert der genossenschaftlichen Organisation begriffen hat.

Mit diesen Tatsachen mußten auch die Verhandlungsvertreter bei den Unterhandlungen rechnen, und somit konnte auch mancher Wunsch nicht in Erfüllung gehen.

Wenn wir uns aber das Tarifwerk im ganzen betrachten, so müssen wir gestehen: wir haben mit diesem Tarifabschluß einen tüchtigen Schritt nach vorwärts gemacht. Schon der hohe Wert, daß die tariflichen Bestimmungen nicht nur für die finanziell gut fundierten großen leistungsfähigen Genossenschaften Gültigkeit haben, sondern alle dem Zentralverband angehörigen Vereine umfaßt, gibt dem Tarifwerk eine sehr große Bedeutung. Nach unserer Erhebung im Vorjahre schrieben 237 dem Zentralverband angehörende Vereine, die Bäckereien betreiben (darunter eine Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik). In die

sen Betrieben waren am Jahres schluß 2961 Personen beschäftigt. Die Errichtung von genossenschaftlichen Bäckereibetrieben ist aber damit noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Die kommenden Jahre werden uns eine beträchtliche Anzahl neuer Betriebe bringen, wie auch die Gesamtzahl der Beschäftigten mit dem Anwachsen der Genossenschaftsbewegung ständig im Steigen begriffen ist. Wir werden innerhalb der Vertragsdauer sicher mit annähernd 4000 in diesen Betrieben beschäftigten Personen zu rechnen haben. Die große Bedeutung eines allgemeinen Tarifs für sämtliche Betriebe kann daher nicht hinwegdisputiert werden.

Der Vertragsinhalt hat in allen materiellen Punkten eine wesentliche Aenderung zugunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen erfahren, was auch aus der Selbstverständlichkeit zu resultieren ist, daß von einer gewerkschaftlichen Organisation niemals Tarife mit Verschlechterungen abgeschlossen werden. Die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben ist wie bisher bei acht Stunden einschließlich 20 Minuten Essenspause geblieben; in allen übrigen Betrieben ist infolgedessen eine Aenderung eingetreten, als bei neunstündiger effektiver Arbeitszeit die Anwesenheit im Betriebe nicht zehn Stunden, sondern nur neun ein halb Stunden, einschließlich einer halben Stunde Pause, beträgt. Die Arbeitswoche ist in allen Betrieben zu sechs Schichten bemessen. Fallen in die Woche gesetzliche Feiertage, an welchen gearbeitet werden muß, so wird diese Arbeitsleistung mit dem regulären Stundenlohn über den Wochenlohn besonders vergütet. Die übrigen Bestimmungen sind dem alten Tarif entnommen.

Das System der Wochenlöhne, abgestuft nach Ortszuschlagsklassen, ist auch im neuen Vertrag beibehalten worden. Für Bäcker und Konditoren beträgt der Grundlohn in Orten

Table with 2 columns: Ortszuschlag and Lohn. Rows: 10 pSt. Ortszuschlag (26,50), 20 (27), 30 (28).

Die ungelohnten Bäckerei- und Konditoreihilfsarbeiter erhalten 2 weniger als die Bäcker und Konditoren. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen 13, 13,50 und 14. Am 1. August 1918 erhöht sich der Grundlohn bei den Arbeitern um 1, bei den Arbeiterinnen um 50 % wöchentlich. Diese Erhöhung wie die im Grundlohn zum Ausdruck gekommene Lohnzulage von 2 resp. 1 erfolgt auf alle beim Vertragsabschluss bestehenden Löhne. Bei den Schichtführern beträgt der Grundlohn 3 mehr als bei den Gelehrten. In dieser Löhne treten dann für alle vier Gruppen in den einzelnen Orten die auf 10 % nach oben abgerundeten Ortszuschläge.

Die Bezahlung der Nebenstunden, die an Sonn- und Feiertagen zur Vorbereitung des Backprozesses notwendig sind, werden mit 50 pSt. Zuschlag zum Stundenlohn bezahlt, alle anderen Nebenstunden mit 25 pSt. Bei der Feriengemächung erhalten die Beschäftigten bis zu einer fünfjährigen Tätigkeit eine Woche, über fünf Jahre zwei Wochen in allen Betrieben. Bei Krankheit und militärischen Wehungen wird der Lohn für drei Tage bis vier Wochen weiterbezahlt, je nach der Länge der Beschäftigungsdauer. Die Vermittlung von Arbeitskräften sowie das Verfahren bei Schlichtung von Differenzen ist ohne wesentliche Änderungen vom alten Vertrag übernommen worden.

Es muß anerkannt werden, daß mit diesem Tarifabschluß für die in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Mitglieder eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgt ist. Wir wollen aber auch nicht

vergessen, daß seit dem letzten Vertragsabschluss und innerhalb der fünfjährigen Vertragsdauer die Aufwendungen für die Lebenshaltung enorm gestiegen sind, oder mit anderen Worten, die Kaufkraft des Geldes ist während dieser Zeit ständig gesunken. Dann kommt aber hinzu, daß auch die Arbeitsleistung in den Genossenschaftsbetrieben eben infolge der dort zur Ausnützung gebrachten neuesten Technik ebenfalls ganz bedeutend zugenommen hat. Diesen Tatsachen konnten sich auch die Genossenschaftsvertreter nicht verschließen.

Der Vertragsabschluss muß aber auch den Kolleginnen und Kollegen, die hierbei in Frage kommen, zeigen, daß das Zustandekommen nur der maßvollsten Aufwärtsentwicklung der Organisation zu verdanken ist. Dazu hat auch ein großer Teil dieser Mitglieder sein Bestes beigetragen. Es ist erklärlich, sobald in den privatkapitalistischen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können, daß dann auch in den Genossenschaften die Erfolge nicht ausbleiben. Während der letzten Vertragsperiode ist uns das nicht überall, aber immerhin in recht vielen Orten gelungen. Dort, wo unsere Mitglieder in den Genossenschaften sich nicht auf die faule Haut legen und aktiv in der gewerkschaftlichen Organisation ihren Raum stellen, müssen auch Erfolge in den Privatbetrieben erreicht werden. Wo das geschehen ist, kann nachgezogen werden, daß die Unterschiede in der Entlohnung und sonstigen Bestimmungen im Arbeitsverhältnis von denen der Genossenschaftsbetriebe nicht mehr weit auseinander sind. So muß es aber in der Folgezeit überall werden.

Wir wollen nicht durch unsere Vertragspolitik mit den Genossenschaften für einen Teil unserer Mitglieder Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu dem Zwecke schaffen, um dadurch eine große Kluft zwischen den in den Privatbetrieben Beschäftigten zu erzeugen und die zu besseren Bedingungen Arbeitenden in die angenehme Lage versetzen, daß man für sie gesorgt ist, sondern deshalb, daß nur auch unsere Mitglieder in den Genossenschaften alles daransetzen, bei ihren Berufskollegen in den Privatbetrieben ebenfalls den Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses stets und ständig propagieren. Gemäß es sollte nicht mehr notwendig sein, darauf aufmerksam zu machen, jedoch wir sind gespannt, auch bei dieser Gelegenheit unsere Mitglieder in den Genossenschaften auf ihre Pflichten zu verweisen.

Durch den Vertragsabschluss sind wir in unserer Tarifpolitik wieder einen Schritt vorwärts gedrungen. Das aber hier in den Genossenschaften uns gelungen ist, das muß uns auch in den Privatbetrieben möglich werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Genossenschaften den Privatbetrieben in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen voraus sind, ja wenn wir uns die Zustände in den Innungsbetrieben in recht vielen Großstädten und kleineren Orten betrachten, sogar in jeder Beziehung diese weit überholt haben. Zu mehr muß von allen getrachtet werden, den großen Abstand wieder einzuholen. Im Laufe der letzten Vertragsperiode ist uns das auch zum großen Teil gelungen. Das muß auch nunmehr möglich werden. Der neue Genossenschaftstarif soll daher bei allen unsern Verarbeitenden vorangestellt werden, um den uns Fernstehenden als leuchtendes Beispiel zu dienen, was durch die gewerkschaftliche Organisation erreicht werden kann. Hierbei fordern wir die Mithilfe aller Mitglieder und ganz besonders derjenigen, welche des neuen Tarifs teilhaftig werden.

Reichstagsführung und unsere Arbeitstagpetition.

Durch den Schluß der Reichstags-Session werden bekanntlich alle Petitionen und die noch in Vorarbeit befindlichen Gesetzentwürfe hinsichtlich...

wöchentlichen ununterbrochenen Arbeitstages von 36 Stunden für alle Arbeiter in den Bäckereien und Konditoreien, als Ersatz für die Sonntagruhe.

Sie ist ebenfalls in den großen Kammerklub gewandert. Kürzlich erhielten wir vom Direktor beim Reichstag nachfolgendes Schreiben zugesandt:

Reichstag. Berlin NW 7, den 20. Mai 1912. Die anliegende Petition ist infolge des heute eingetretenen Sessionsschlusses nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung im Plenum des Reichstages gelangt und wird deshalb ergebnislos zurückgeschickt.

Der Direktor beim Reichstag. Jungheim.

Es ist nun zum drittenmal, daß unsere berechtigten Wünsche nicht Rechnung gefunden wurde. Bekanntlich hat der Bundesrat bei unserer erstmaligen Eingabe...

Somit wir aber informiert sind, hat sich nicht einmal die Petitionskommission mit unserer Eingabe, obwohl sie schon länger als zwei Jahre im Vortrag beschäftigt...

Selbstredend werden wir uns mit dieser Entledigung unserer Forderung an den Reichstag nicht zufriedengeben. Wir werden zu geeigneter Zeit erneut mit unserer Forderung an den Reichstag heranzutreten...

Der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag können wir heute ihren Verhalten, das wir wiederholten und sie auch zu Recht und Unrecht stellen werden...

Der Kampf um die gesetzliche Regelung der fünfjährigen Arbeitswoche in den Bäckereien und Konditoreien ist mit dem Schluß der Reichstags-Session keineswegs zum Abschluß gekommen...

Der Ausgang der Schlichtung in den Bäckereien Straßburgs.

Nach in Straßburg, der elfenjahrigen Streikperiode, soll in diesem Frühjahr der Streik beendet werden, eine vorläufige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen...

Die von der Organisation erbetene öffentliche Vermittlung beschloß sich am 10. Juni mit dieser Vorgangsweise...

beschäftigen werden. Als einzige „Erzengenschaft“ könnte man zwei Freinächte bezeichnen, die am Freinachtsdiensttag und am Fünfnachtag gewährt werden sollen...

Diese Schwäche scheint der Gesellenanstich und der Gesellenvereinsanstand auch gefühlt zu haben, und sie verjagten sich zur Berichterstattung über die eingereichten Forderungen...

Dem ersten Vorsitzenden der Kollegen-Gallinger, gewährte man gnädig eine halbe Stunde Redezeit. Alle übrigen Redner durften nur zehn Minuten sprechen...

Und für diese vorerwähnte Organisation wollte man die Straßburger Schlichter einsetzen. Jener dürfte die Lösungsbewegung des Streiks...

Die Organisation der Invalidenversicherung ist durch die Erhöhung der Beiträge und durch Einschränkung der Leistungen...

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

II. c) Die Invalidenversicherung.

Das Reich der Invalidenversicherung ist im Jahre 1912 erheblich erweitert worden, indem die Hinterbliebenenfürsorge neu eingeführt und zum ersten Male Witwen- und Waisenrenten sowie Witwen- und Waisenabfindungen...

Der Bestand der Versicherungsträger hat sich nicht geändert. Es bestehen 31 Versicherungsstellen mit 10 Sonderanstalten...

Es wurden 1912 insgesamt 166.889 Renten festgestellt, davon 11.570 Invalidenrenten (1911 11.770), 124.925 (118.150) Witwen- und 12.111 (11.588) Altersrenten...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1912 1.102.012. Der Höchststand des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80.454 erreicht...

Günstlich der neu eingeführten Hinterbliebenenfürsorge wiederholt sich dieses Manko in anderen Jahren. Die gesetzlichen Leistungen für die Witwen und Waisen sind außerordentlich niedrig bemessen worden...

Es wurden im Jahre 1912 für Invalidenrenten 2.224.457, für Altersrenten 2.333.609, für Witwen- und Waisenrenten 2.012.142...

Die Finanzierung der Invalidenversicherung ist durch die Erhöhung der Beiträge und durch Einschränkung der Leistungen sehr erschwert worden. Die Beiträge im Jahre 1912...

für Geldverfahren N 23 660 556, für Invalidenhauspflege N 1 099 085, für Waisenhauspflege N 339, für Mehrleistungen nach § 1400 der Reichsversicherungsordnung N 1 793 177, für Verwaltung N 14 851 552, für Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten N 2 283 934, für Verurteilung, Revisionen und Beschwerdeverfahren N 708 393, für Beitragserhebung der Kontrolle N 5 907 404, für Kursverluste N 63 530 und für sonstige Ausgaben N 1 422 647.

Von 1900 bis 1912 sind die Einnahmen der Invalidenversicherung von 156,3 Millionen Mark auf 344,8 Millionen Mark oder um 188,5 Millionen Mark gewachsen, die Ausgaben dagegen nur von 73,2 Millionen Mark auf 175 Millionen Mark oder um 101,8 Millionen Mark und die Vermögensbestände von 847,1 Millionen Mark auf 1929 Millionen Mark oder um 1081,9 Millionen Mark. Fast 2 Milliarden Regen bereit und Hunderttausenden wird die künftige Hilfe versagt. Das ist ein Zustand, unwürdig der deutschen Sozialversicherung und auf die Dauer unhaltbar.

Im gesamten Bereich der Arbeiterversicherung ist im Jahre 1912 an Entschädigungen die Summe von 771 702 308 geleistet worden. Das ist eine gewaltige Summe, sie bedarf aber sofort an Hebung, wenn man bedenkt, daß sich dieser Betrag auf etwa 7 1/2 Millionen entschädigter Personen verteilt. Dazu kommt, daß von dieser Summe allein von den Versicherten durch Beitragsleistung N 421 239 847 aufgebracht wurden. Von den Arbeitgebern sind zu den Kosten der gesamten Arbeiterversicherung im Jahre 1912 N 479 852 035 beigetragen worden und aus den Mitteln des Reiches wurden N 54 972 015 an Zuschüssen geleistet. Ganz abgesehen davon, daß im letzten Jahre auch die Arbeitgeberbeiträge von den Arbeitern aufgebracht werden, geht schon aus der Verteilung der Kosten hervor, wie wenig man Ursache hat, fortgesetzt in hochtönenden Worten von der gepriesenen Sozialreform Deutschlands zu reden und wie ungerechtfertigt die Klagen des Unternehmertums sind über die enorme Belastung durch die Kosten der sozialen Arbeiterversicherung. Wie gering sind doch die Aufwendungen der Unternehmer gegen die Kosten an Leben und Gesundheit, welche die Arbeiterkraft alljährlich im Dienste des Unternehmertums darbringen, und wie kümmerlich nehmen sich dagegen die Entschädigungen an, welche die brennlichsten, erkrankten oder unwilligen Arbeiter oder im Todesfall ihre Hinterbliebenen erhalten. Entschädigungen, zu denen die Arbeiterkraft selbst einen ganz erheblichen Beitrag leisten muß. Dabei wurde durch eine reaktionäre Gesetzgebung das Verwaltungsvermögen der Arbeiterkraft bei den Krankentagen erheblich eingeschränkt, während man andererseits bei der Unfallversicherung den Versicherten jedes Mittelbestimmungsrecht verjagt und die Verwaltung der Invalidenversicherung der Bürokratie überläßt.

Trag dieses reaktionären Juges in unserer sozialen Versicherungsgesetzgebung wird die deutsche Arbeiterkraft den Kampf für die Selbstverwaltung nicht aufgeben. Sie wird ständig bemüht sein, die Praxis der Versicherung mit sozialer Geist zu erfüllen, um sie zu einer wirksamen Versicherung der Arbeiter gegen alle Notfälle des Lebens auszugestalten und das gesunde Prinzip zur Anerkennung zu bringen: für die Arbeiterkraft und durch die Arbeiterkraft!

Der erste Genossenschaftstag in Bremen

Vom 14. bis 16. Juni wurde in der „Zentralhalle“ in Bremen der erste ordentliche Genossenschaftstag unter äußerst starker Beteiligung abgehalten; es waren gegen 900 Delegierte der deutschen Genossenschaften und Gäste der ausländischen Bruderorganisationen anwesend. Von den Gewerkschaften hatten die Transportarbeiter, die Handlungsgesellen, die Tabakarbeiter und unser Verband Vertreter entsandt. Der eingeladene Senat von Bremen hatte auch eine Delegation geschickt, während der Senatspräsident der Bremer Bürgerschaft es ablehnte, einen Vertreter zu schicken, es sah doch nur um eine sozialdemokratische Veranstaltung handelte.

Der Arbeiterkongress in Bremen leitete die Verhandlungen ein, und seine zahlreichsten Vertreter erhielten eine besondere Reihe durch die Mitwirkung eines starken Kinderchores, der sich seiner Aufgabe offensichtlich mit einem gewissen andächtigen Stolz hingab und großen Beifall auslöste.

Von dem zahlreichsten Begrüßungsreden der ausländischen Gäste sei die des Dr. Kerner-Bien erwähnt, der die weitestgehenden Folgen der Reformen für Österreich, Handel und Wandel und damit auch für die Konsumgenossenschaften schilderte, die im letzten Jahre nur geringe Fortschritte machen konnten. Ein Resultat, das aber aufzuheben auch dem separatistischen Strömungen in der österreichischen allgemeinen Arbeiterbewegung zuzuschreiben ist. Mit besonderem Nachdruck hob Dr. Kerner (ebenso wie es schon vorher die englischen Gäste getan hatten) die wachsende Tendenz der genossenschaftlichen Arbeit hervor, und besonders häufig trat er auch für eine immer innigere Verständigung zwischen den drei großen Gliedern der Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften ein. Eine Mahnung, die unserer Großstadt nicht ist und eindringlich genug wiederholt werden kann. Genosse Umbreit, der als Vertreter der Generalkommission sprach, überbrachte die Grüße und Wünsche der deutschen Genossenschaften und wies darauf hin, daß zwischen diesen und den Instanzen des Zentralverbandes der Konsumvereine das Zusammenarbeiten schon positive Erfolge wie Tarifamt und Kollekturfürsorge gezeigt hat. Weitere Aufgeben würden sich ergeben. Der deutsche Arbeiter habe im das Vaterland wieder erobert, und auch die Genossenschaftsbewegung habe neue Wege gezeigt. Die kommenden Reichstagswahlen würden unsere Arbeit ebend so anerkannt. Umzeit sprach ebenfalls einer immer größeren gegenwärtigen Verständigung das Wort. Gewerkschaften und Genossenschaften gehörten zusammen.

Demnach sprach dann zuerst einen kurzen Bericht des internationalen Genossenschaftsbundes. Es sind diesem 24 Länder mit circa 8 Millionen Mitglieder an-

geschloffen. Da die Mitglieder zum größten Teile Konsumgenossenschaftsbünde sind, kommen 25 bis 40 Millionen Menschen in Frage, die von der Genossenschaftsbewegung erfasst sind.

Der Bericht des Vorstandes und über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erstattete Heinrich Kaufmann. Eine Zusammenfassung der beiden letzten Jahresberichte ergibt folgendes prächtige Bild der Entwicklung im Gesamtverband:

Table with 4 columns: Year (1903, 1908, 1912), Zahl der angeschl. Vereine, Zahl der Mitglieder, Zahl der beschäft. Personen, Umsatz im eigenen Geschäft, etc.

Kein anderes Land der Welt hat eine ähnliche Entwicklung aufzuweisen. Aber der noch zurückliegende Weg zum gesteckten Ziele: den Konsum wirklich zu organisieren und dann für den organisierten Konsum zu produzieren, ist noch unendlich weit. Wir hätten also Grund, noch bescheiden zu sein, aber durchaus keine Ursache zur Unzufriedenheit und Ungehuld. Wir wissen, daß wir nachwärts gehen und dem Ziele immer näher kommen. Größliche Gefahren einer ja schnellen Entwicklung liegen auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung. Es zeigen sich mitunter nicht unbedeutliche Erscheinungen; das Eigenkapital der Genossenschaften müsse vor allem gespart werden, um die Kapitalkraft noch mehr zu erhöhen. Unsere bisherigen Kapitalanlagen lagen hauptsächlich in den Spareinlagen der Mitglieder und den Anteilen, die aber heute nicht mehr ausreichen können, wenn die Genossenschaften immer mehr Produktionsbetriebe in die Hand nehmen. Das im Geschäft investierte Kapital (Inventar, Warenbestände) müsse durch das Eigenkapital eigentlich gedeckt werden können. Bis jetzt ist das erst bei 16 Genossenschaften der Fall. In der Organisation des Selbstwesens der Konsumvereine stehe die größte Aufgabe, die jetzt gelöst werden müsse. Auch die reichsten Mittel der Selbstfürsorge wänden, natürlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, den sozialen Interessen der Genossenschaften, zum Beispiel auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung, dienlich gemacht werden. Es bedürfte nur eines verständnisvollen Zusammenarbeitens. Gute Saat trägt gute Frucht! Aber es scheint, daß manchmal die alte Jagdstärke bei jeder neuen Aufgabe wieder Platz greife. Der Wahlspruch der deutschen Genossenschaften müsse sein: Vorwärts, vorwärts und aufwärts!

Eine Debatte über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht setzte nicht ein. Genosse Kästlein sprach dann über die von Zentralseite betriebenen Verhandlungen einer Revision des Genossenschaftsgesetzes. Man könne ihnen nicht zustimmen, da man damit nur den Bürokratismus der uns einführen wolle. Im einzelnen zeigte Kästlein an den Bestimmungen, daß sie bestenfalls viel Scherereien bringen würden. In einem hierauf einleitend angenommenen Entschluß erfuhr der Genossenschaftstag den Deutschen Reichstag, den Vorschlägen nicht zustimmen und es der inneren Kraft des in vollkommener Freiheit sich entwickelnden Genossenschaftswesens zu überlassen, die Schäden, die sich hier und da gezeigt haben mögen, ohne Versuche von außen zu überwinden.

Über die Tätigkeit und Erfolge der Fortbildungskommission und ihre weiteren Pläne berichtete Herr A. Rupprecht. Die wie Pilze aus der Erde schießenden Konsumvereine hätten die systematische theoretische Ausbildung von Verwaltungsorganen notwendig gemacht. An Stelle der Begründungen sei jetzt allerdings die Konzentration getreten; infolgedessen sei die Personenfrage aber noch schwieriger geworden, weil es sich um die Lösung großer Unternehmen handle. Auch die Konsumgenossenschaftliche sind schwerer als früher — alles in allem müßte man heute mit wesentlich größeren Schwierigkeiten rechnen. Die Anforderungen an die Geschäftsführung sind große. Rupprecht schloß dann die Arbeitssitzung der Fortbildungskommission, die mit Ehrenbüchern eröffnet und ihren Zweck erfüllt. Es werden in Kürze etwa 600 Fortbildungsmittel und 3 bis 4000 Zusatzstudienmitglieder den Unterricht genossen haben. Auch eine Unternehmung auf mehrere Kreise erscheint dem Referenten notwendig. Eine gründliche Ausbildung durch längere Kurse, vielleicht bis zum halben Jahre, könne jedoch erst in Angriff genommen werden, wenn die jetzigen Begleitkurse beendet sind. Für eine weitere Unternehmung des ausgebildeten Personalkreises kann es Lagerhalter usw. in Betracht; ferner können noch Spezialkurse für bestimmte Fächer in Frage, die schon im kommenden Herbst einleiten.

Genosse K. u. E. sprach im seinen Ausführungen über die Unterstützungsstelle ein anschauliches Bild dieser sozialen Einrichtung der Genossenschaften. Der Tag gehörte jetzt 31 Vereine an; verjährte Personen 3662. Die Beiträge, die von den Genossenschaften zur Hälfte getragen werden, betragen N 812 000. Die Verwaltungskosten haben sich ermäßigt; es wurden N 16 000 verbraucht. In Nord- und Mittelunterstützung wurden N 13 000, Süd- und Westunterstützung N 9000, Kirchensteife N 6200 gezahlt. Zurückgeblieben wurden Beiträge im Höhe von N 47 000. Das Vermögen liegt von N 2 219 000 auf N 3 167 000. Doch dieses günstigen Ergebnisses werde auf dem nächsten Verbandstage noch nicht ohne weiteres an eine Erhöhung der Leistungen gedacht werden können, man müsse erst durch Sicherungstechniken genaue Berechnungen anstellen lassen. Die Unterstützungsstelle werde vorbildlich für alle Genossenschaften der Welt — deshalb sei es Pflicht aller Vereine, sich ihr anzuschließen.

Dr. Müller gab zum folgenden Punkte: Bericht des Tarifamtes, bekannt, daß in der letzten Periode grundsätzliche Fragen nicht mehr zu lösen waren. Nur die Mitwirkung solcher Gewerkschaften, mit welchen Reichstafel noch nicht abgeschlossen sind. Hoffentlich habe der in Frage kommende Handlungsgesellenverband eingesehen, daß im Tarifamt nur nach dem Rechte geurteilt werde. Der Referent ging dann auf eine Resolution ein, die auf einer Reichskonferenz der Lagerhalter gefaßt worden war und sich dagegen wendete, daß mehrere Genossenschaftliche Schiedssprüche nicht anerkannt haben. Der Zentralverband der Konsumvereine — wie in der Resolution gesagt — habe die Verpflichtung, dafür zu wirken, daß die Schiedssprüche befolgt werden, da sonst der Handlungsgesellenverband beauftragt werde, die betreffenden Vereine als tarifunfähig der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Dr. Müller verlangte demgegenüber zunächst, daß abgeschlossene Verträge auf beiden Seiten gehalten werden. Eine Verpflichtung lasse sich der Zentralverband der Konsumvereine auch in keiner Weise von außenstehenden Personen auferlegen. Verantwortlich könne der Zentralverband nicht gemacht werden, wenn einzelne Vereine den Vereinbarungen nicht nachkommen. Ein solches Verhalten müsse natürlich mißbilligt werden. Der Ton der Resolution stehe aber auf der gleichen Höhe, wie juralistische Ungezogenheiten im Lagerhalterblatt. Diese Methode wäre für eine Verhandlung ungeeignet, denn auf solche Formen sei stets nur mit Schweigen geantwortet worden. Wenn Organisationen aufeinander angewiesen sind, soll man nicht drohen. Aber man werde die Resolution trotzdem nicht bei Seite legen. Wichtiger als die Form sei die Frage, wie im Zukunft ein besseres Wirken der Schiedsgerichte erreicht werden könnte. Ein großer Teil der Streitfälle könnte dem Tarifamt überwiesen werden und die Verfassung der Schiedsgerichte müßte einer Revision unterzogen werden. Sie müßten paritätisch zusammengesetzt sein und ein Unparteiischer von gewählt werden, wenn keine Verständigung erfolgen könne. Lehre herbeizuführen, sei aber die Hauptsache für das Schiedsgericht. Auch die Genossenschaftlichen hätten Ursache, mit dem bisherigen Verfahren der Schiedsgerichte nicht ganz zufrieden zu sein.

Die Vorlegungen Dr. Müllers berührten leider mehr, als uns notwendig erscheint, alte Streitpunkte zwischen Genossenschaften und Lagerhaltern und hätten jedenfalls zweckmäßiger gewirkt, wenn auch sie in der Form etwas sorgfältiger gehalten worden wären. Der Ton mußte offenbar bei den ganzen Differenzen haben wie drüber die Mühe. Die angeführten positiven Vorschläge Müllers zeigten aber dennoch eine bestimmte Richtung zur Verständigung, die denn auch vom Genossen Döhmel, Redakteur des Organs der Lagerhalter und Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgesellen, aufgegriffen wurde. Er erklärte, die Resolution habe mit der Redaktion des Lagerhalterorgans nichts zu tun, sondern sei vom Vorstande des Reichsbundes einstimmig gefaßt und — als geeignet oder ungeeignet — sie sei der letzte Weg gewesen, der offen stand. Der Zentralverband der Konsumvereine sei verpflichtet, für Einhaltung des Vertrages von 1904 zu sorgen. Es handele sich nicht um ein wenige Fälle. Der Zentralverband der Handlungsgesellen sehe aber in der Zentralverband der Konsumvereine das Vertrauen, daß er solche Fälle nur in Zukunft verhindern. Auch dem Tarifamt bringe man das richtige Verständnis entgegen, aber, da oft ein schnelles Verfahren notwendig sei, wäre das Schiedsgericht nicht überflüssig. Freu und Glauben müsse auf beiden Seiten herrschen, da sonst sich die Handlungsgesellen auch nicht mehr fügen würden.

Dr. Müller entgegnete in seinem Schlußwort, es wären niemals Beschwerden in offizieller Form an den Zentralverband der Konsumvereine gelangt. Statt diesen ersten Weg einzuschlagen, habe man gleich den letzten gewählt, behaupte aber trotzdem, es sei der erste. Mit Begründung werde jedoch davon Kenntnis genommen, daß die Handlungsgesellen in allen Fällen, wo es möglich, das Tarifamt anrufen wollen. Ueber eine andere Verfassung der Schiedsgerichte müßten aber noch Verhandlungen gepflogen werden, die hoffentlich auch zu einer Verständigung führen. In einer solchen sei ja beiden Seiten gelegen. Damit war die Sache jetzt erledigt.

Die bisherigen Vertreter im Tarifamt: G. Kaufmann, A. Elm, Seneg, Dr. Müller und Kieger wurden wiedergewählt; ebenso als Ersatzleute Berger und Eberling.

Der dritte Verhandlungstag brachte unserer Organisation und den Transportarbeitern die Entscheidung über das Tarifamt, das in monatelanger Arbeit nun errichtet werden ist. Dr. Müller gab zuerst ein Bild dieser großen Arbeit, der sich die Tarifamtsmitglieder unterzogen haben. In den Kreis der beratenden Personen waren viele Praktiker von beiden Seiten hinzugezogen; anfangs war zu befürchten, daß eine Einigung nicht erzielt würde. Die Sache der von den Gewerkschaften angebrachten Forderungen machte einige Betrachtungen nötig. Man habe sie auf Abhandeln eingerichtet; aber dann sage sich leicht im Laufe der Zeit der Gedanke fest, daß man an den ersten Forderungen festhalten müsse. Es sei praktischer, daß schon vor der Aufstellung von Forderungen zwischen den Verbänden der Parteien eine Verständigung über die Möglichkeiten versucht werde. Kein Genossenschaftler zweifle daran, daß infolge der gesteigerten Preise den Arbeitern die Erfüllung ihrer Forderungen zu wünschen wäre. Die Genossenschaften könnten sich aber nicht allein durch sozialpolitische Werke helfen lassen, sie könnten im Konkurrenzkaufe und damit würde der Kampf für die Dinge gegeben. Heute habe man nicht nur mit der Konkurrenz der Kleinrentner zu rechnen, und deshalb wäre ein genaues Kalkulieren eine unbedingte Notwendigkeit geworden. Die Genossenschaften könnten und wollen auch nicht alle Praktiken der Unternehmer anwenden, um den Arbeitsvertrag zu steigern. Sie hätten weiter zu beachten, daß die jetzigen Tarife zwar insgesamt nur ein Fünftel der Erhöhten umfassen, daß aber viele Bestimmungen ohne weiteres auf die Arbeitsbedingungen aller Angehörigen der Vereine übergriffen. Dann müsse man ferner nicht vergessen, daß die Konsumvereine erst einen kleinen Ausbruch des allgemeinen Wirtschaftens bilden. Sie könnten nicht aus dem großen Rahmen herausfallen. Dieser Gesichtspunkt werde ja auch von den Gewerkschaften anerkannt.

Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Durch den Schluß der Reichstags-Session werden bekanntlich alle Petitionen und die noch in Bearbeitung befindlichen Gesetzentwürfe hinfällig. So erging es auch unserer dem Reichstag schon vor zwei Jahren übermittelten Petition, betreffend die gesetzliche Festlegung eines wöchentlichen ununterbrochenen Ruhetages...

Die Petition ist infolge des heute eingetretenen Sessionsendes nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung im Plenum des Reichstages gelangt und wird deshalb ergebnislos zurückgeschickt.

Der Direktor beim Reichstag, Jangheim.

Es ist nun zum drittenmal, daß unsere berechtigten Wünsche nicht Beachtung gefunden wurden.

Es ist nun zum drittenmal, daß unsere berechtigten Wünsche nicht Beachtung gefunden wurden.

Sowohl wir aber informiert sind, hat sich nicht einmal die Petitionskommission mit unserer Eingabe, obwohl sie schon länger als zwei Jahre ihr Vorhaben beschließt...

Selbstredend werden wir uns mit dieser Entscheidung unfähig zu empfinden, die dem Reichstag nicht zurückzugeben wird...

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Ausgang der Scheidungsprozesse in den bayerischen Strafböden.

In den Strafböden der eheg. Leiharbeiter... Die Scheidungsprozesse... die Gerichte... das Recht... die Parteien...

Das hat nun der Herr... die Parteien... die Gerichte... das Recht... die Parteien...

befähigten werden. Als einzige 'Ertragskraft' könnte man zwei Freiwächter bezeichnen, die am Fastnachtdienstag und am Himmelfahrtstag gewährt werden sollen...

Diese Schwäche scheint der Parteienkommission und der Gewerkschaften... Die Parteienkommission... die Gewerkschaften...

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Der Reichstagsklub und unsere Ruhetagspetition.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

c) Die Invalidenversicherung. Das Gesetz der Invalidenversicherung ist im Jahre 1912 erheblich erweitert worden...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1021 052 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht...

für Gebirgsarbeiter N. 23 600 556, für Invalidenhauspflege N. 1 099 085, für Waisenhauspflege N. 330, für Pflegeanstalten nach § 1400 der Reichsversicherungsordnung N. 1 794 177, für Verwaltung N. 1 185 152, für Erhebungen bei Gewerbe oder Entziehung von Erwerbseinkommen N. 2 283 984, für Berufs-, Rettungs- und Beschwerdeverfahren N. 703 393, für Beitragserhebung der Kontrolle N. 5 907 404, für Kurverluste N. 63 580 und für sonstige Ausgaben N. 1 422 647.

Von 1900 bis 1912 sind die Einnahmen der Invalidenversicherung von 155,3 Millionen Mark auf 344,8 Millionen Mark oder um 189,5 Millionen Mark gewachsen, die Ausgaben dagegen nur von 73,2 Millionen Mark auf 175 Millionen Mark oder um 101,8 Millionen Mark und die Vermögensbestände von 847,1 Millionen Mark auf 1929 Millionen Mark oder um 1081,9 Millionen Mark. Fast 2 Milliarden liegen bereit und Hunderttausenden wird die längste Hilfe versagt. Das ist ein Zustand, unwürdig der deutschen Sozialversicherung und auf die Dauer unhaltbar.

Im gesamten Bereich der Arbeiterversicherung ist im Jahre 1912 an Entschädigungen die Summe von 771 702 308 geleistet worden. Das ist eine gewaltige Summe, sie verliert aber sofort an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sich dieser Betrag auf etwa 7% Millionen entschädigter Personen verteilt. Dazu kommt, daß von dieser Summe allein von den Versicherten durch Beitragsleistung 421 230 847 aufgebracht wurden. Von den Arbeitgebern sind zu den Kosten der gesamten Arbeiterversicherung im Jahre 1912 479 852 035 beigetragen worden und aus den Mitteln des Reiches wurden 45 972 015 an Zuschüssen geleistet. Ganz abgesehen davon, daß in letzter Linie auch die Arbeitgeberbeiträge von den Arbeitern aufgebracht werden, geht schon aus der Verteilung der Kosten hervor, wie wenig man Rücksicht hat, fortgesetzt in hochwichtigen Bereichen der gepriesenen Sozialreform Deutschlands zu reden, und wie ungerecht die Klagen des Unternehmers sind über die enorme Belastung durch die Kosten der sozialen Arbeiterversicherung. Wie gering sind doch die Aufwendungen der Unternehmer gegen die Opfer an Leben und Gesundheit, welche die Arbeiterkraft alljährlich im Dienste des Unternehmers darbringt, und wie kümmerlich nehmen sich dagegen die Entschädigungen an, welche die verunglückten, erkrankten oder invaliden Arbeiter oder im Todesfall ihre Hinterbliebenen erhalten. Entschädigungen, zu denen die Arbeiterkraft selbst einen ganz erheblichen Beitrag leisten muß. Dabei wurde durch eine reaktionäre Gesetzgebung das Verwaltungsvermögen der Arbeiterkraft bei den Krankenkassen erheblich eingeschränkt, während man andererseits bei der Unfallversicherung den Versicherten jedes Mitbestimmungsrecht verweigert und die Verwaltung der Invalidenversicherung der Bürokratie überläßt.

Trotz dieses reaktionären Juges in unserer sozialen Versicherungsgebung wird die deutsche Arbeiterkraft den Kampf für die Selbstverwaltung nicht aufgeben. Sie wird ständig bemüht sein, die Frage der Versicherung mit vollem Geist zu erfüllen, um sie zu einer nützlichen Versicherung der Arbeiter gegen alle Notfälle des Lebens auszugestalten und das gesunde Prinzip der Anerkennung zu bringen für die Arbeiterkraft und durch die Arbeiterkraft!

Der erste Genossenschaftstag in Bremen

Vom 14. bis 16. Juni wurde in der „Zentralhalle“ in Bremen der erste bedeutende Genossenschaftstag unter aktiver harter Beteiligung abgehalten; es waren gegen 900 Delegierte der deutschen Genossenschaften und Gäste der ausländischen Förderorganisationen anwesend. Von den Gewerkschaften hatten die Transportarbeiter, die Handlungsgehilfen, die Tabakarbeiter und unser Verband Vertreter entsandt. Der eingeladene Senat von Bremen hatte auch eine Delegation zugesagt, während der Senatsrat der Bremer Bürgerstadt es ablehnte, einen Vertreter zu schicken, weil „es sich nur um eine sozialdemokratische Veranstaltung handele“.

Der Arbeitergefangenenrat Bremen leitete die Verhandlungen sühnend ein, und seine gutwilligen Bemühungen erzielten eine besondere Beachtung durch die Unterstützung eines harten Kundens, der sich seiner Aufgabe offensichtlich mit einem gewissen andächtigen Stolz hingab und großen Beifall auslöste.

Von dem geschiedenen Begrüßungsreden der ausländischen Gäste sei die des Dr. Krumm-Horn erwähnt, der die unheilvollen Folgen der Weltkrisen für Oesterreich, Italien und Spanien und damit auch für die Kaufmannsgewerkschaften schilderte, die im letzten Jahre nur geringe Fortschritte machen konnten. Ein Resultat, das aber auch noch aus dem separatistischen Erdringen in der österreichischen allgemeinen Arbeiterbewegung zu erklären ist. Mit besonderem Nachdruck hob Dr. Krumm (ebenso wie es schon vorher die englischen Gäste getan hatten) die völkerverbindende Tendenz der genossenschaftlichen Arbeit hervor, und besonders kräftig trat er auch für eine immer inniger werdende Verbindung zwischen den drei großen Gliedern der Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften ein. Eine Mahnung, die unserer Erziehung nicht oft und eindringlich genug wiederholt werden kann. Genosse Lambert, der als Vertreter der Generalgewerkschaften, übertrug die Größe und Wichtigkeit der deutschen Gewerkschaften und wies darauf hin, daß zwischen diesen und den Instanzen des Zentralverbandes der Kaufmannvereine das Zusammenarbeiten schon positive Erfolge gebracht hat und Fortschritte, gezeitigt hat. Seine Aufgabe wärden sich ergeben. Der deutsche Arbeiter habe das Vaterland wieder erobert, und auch die Genossenschaftsbewegung habe neue Siege gezeitigt. Die kommenden Reichstagswahlen würden unsere Arbeit ehrenbar auszeichnen. Lambert sprach ebenfalls einer immer größeren gegenseitigen Verständigung das Wort. Gewerkschaften und Genossenschaften gehörten zusammen.

Sein Herr Lorenz gab dann zuerst einen kurzen Bericht des internationalen Genossenschaftsbundes. Es sind diesem jetzt 24 Länder mit circa 8 Millionen Mitglieder an-

geschloffen. Da die Mitglieder zum größten Teile Genossenschaftsvorstände sind, kommen 25 bis 40 Millionen Menschen in Frage, die von der Genossenschaftsbewegung erfasst sind.

Den Bericht des Vorstandes und über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Kaufmannvereine erstattete Herr Reichmann. Eine Zusammenstellung der beiden letzten Jahresberichte ergibt folgendes prächtige Bild der Entwicklung im Gesamtverband:

Table with 4 columns: Year (1903, 1908, 1913) and rows for: Zahl der angeführten Vereine, Zahl der Mitglieder, Zahl der beschäftigten Personen, Umsatz im eigenen Geschäft, Warenbestände, Grundbesitz, Eigenes Kapital, Spareinlagen, Sympatheten.

Kein anderes Land der Welt hat eine ähnliche Entwicklung aufzuweisen. Aber der noch zurückgelegte Weg zum gesteckten Ziele: den Konsum wirklich zu organisieren und dann für den organisierten Konsum zu produzieren, sei noch unendlich weit. Wir hätten also Grund, nach bescheiden zu sein, aber durchaus keine Ursache zur Unzufriedenheit und Ungeduld. Wir wissen, daß wir vorwärts gehen und dem Ziele immer näher kommen. Erfolgreiche Gefahren einer so schneller Entwicklung liegen auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung. Es genügt sich mitunter nicht unbedeutliche Erscheinungen; das Eigenkapital der Genossenschaften müsse vor allem gestärkt werden, um die Kapitalkraft noch mehr zu erhöhen. Unsere bisherigen Kapitalquellen lagen hauptsächlich in den Spareinlagen der Mitglieder und den Anteilen, die aber heute nicht mehr ausreichen können, wenn die Genossenschaften immer mehr Produktionsbetriebe in die Hand nehmen. Das im Geschäft investierte Kapital (Warenbestände) müsse durch das Eigenkapital eigentlich gedeckt werden können. Bis jetzt sei das erst bei 16 Genossenschaften der Kaufmannvereine in die größte Aufgabe, die jetzt gelöst werden müsse. Auch die reichen Mittel der Kassen für die sozialen Interessen der Genossenschaften, zum Beispiel auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung, dienstbar gemacht werden. Es bedürfe nur eines verständnisvollen Zusammenarbeitens. Gute Saat trägt gute Frucht! Aber es müsse die unumgängliche alte Jugendschaft bei jeder neuen Aufgabe wieder Platz greife. Der Kampf der deutschen Genossenschaften müsse sein: Vorwärts, vorwärts und aufwärts!

Eine Debatte über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht folgte nicht ein. Genosse K. Klein sprach dann über die von Zentrumsseite betriebenen Bestrebungen einer Revision des Genossenschaftsgesetzes. Man könne ihnen nicht zustimmen, da man damit nur den Bürokratismus bei uns einführen wolle. In einzelnen zeigte Klein an den Bestimmungen, daß sie jedenfalls viel Scherereien bringen würden. In einem hierauf einleitend angenommenen Entschluß erfuhr der Genossenschaftstag den Deutschen Reichstag, den Abänderungsvorschlägen nicht zuzustimmen und es der inneren Kraft des in vollkommener Freiheit sich entwickelnden Genossenschaftswesens zu überlassen, die Schäden, die sich hier und da gezeigt haben mögen, ohne Verhilfe von außen zu überwinden.

Über die Tätigkeit und Erfolge der Fortbildungskommision und ihre weiteren Pläne berichtete Herr K. Kupprecht. Die wie Pilze aus der Erde schießenden Kaufmannvereine hätten die systematische theoretische Ausbildung von Verwaltungspersonen notwendig gemacht. In Stelle der Begründungen sei jetzt allerdings die Lösung getreten; infolgedessen sei die Personfrage aber noch schwieriger geworden, weil es sich um die Werbung großer Unternehmen handle. Auch die Standortverhältnisse sind schwerer als früher — alles in allem müsse man heute mit wesentlich größeren Schwierigkeiten rechnen. Die Forderungen an die Geschäftsleitung sind große. Kupprecht schloß dann die Arbeitsmethode der Fortbildungskommision, die mit Entschiedenheit erfaßt und ihren Zweck erfülle. Es werden in Kürze etwa 600 Konfessionsmitglieder und 3 bis 4000 Aufsichtsratsmitglieder den Interessen genossen haben. Auch eine Umbenennung auf mehrere Kreise erweist dem Referenten notwendig. Eine gründliche Ausbildung durch längere Kurse, vielleicht bis zum halben Jahre, könne jedoch erst in Angriff genommen werden, wenn die jetzigen Bezirkstürme beendet sind. Für eine weitere Verbesserung des ausgebildeten Personalstabs kommen Lagerhalter usw. in Betracht; ferner können im Spezialfache für bestimmte Fächer in Frage, die schon im Spezialfache für bestimmte Genosse K. u. E. in geeigneter in seinen Ausführungen über die Unterstützungskasse ein anschauliches Bild dieser sozialen Einrichtung der Genossenschaften. Der Vorschlag, die jetzt 24 Vereine an; beschäftigten Personen 8000 Beiträge, die von den Genossenschaften zur Hälfte getragen werden, betragen 812 000. Die Verwaltungskosten haben sich ermäßigt; es wurden 15 000 vermindert. In Invaliden- und Altersunterstützung 9000, Kurbeiträge 6200 gezahlt. Zurückgezahlt wurden Beiträge im Höhe von 47 000. Das Vermögen stieg von 2 219 000 auf 3 767 000. Doch dieses günstigen Ergebnisses werde auf dem nächsten Verbandstage noch nicht ohne weiteres an eine Erhöhung der Leistungen gedacht werden können, man müsse erst durch Versicherungsstellen genauere Berechnungen anstellen lassen. Die Unterstützungskasse wirke vorbildlich für alle Genossenschaften der Welt — deshalb sei es Pflicht aller Vereine, sich ihr anzuschließen!

Dr. Müller gab zum folgenden Punkte Bericht des Zentralverbandes, bekannt, daß in der letzten Periode grundsätzliche Fragen nicht mehr zu lösen waren. Neu war nur die Mitwirkung solcher Gewerkschaften, mit welchen Reichstaxe noch nicht abgeschlossen sind. Offensichtlich habe der in Frage kommende Handlungsgehilfenverband eingesehen, daß im Tarifamt nur nach dem Rechte geurteilt werde. Der Referent ging dann auf eine Resolution ein, die auf einer Reichskonferenz der Lagerhalter gefaßt worden war und sich dagegen wendete, daß mehrere Genossenschaftliche Schiedsgerichte nicht anerkannt haben. Der Zentralverband der Kaufmannvereine — wozu in der Resolution gesagt — habe die Verpflichtung, wozu in der Resolution gesagt — Schiedsgerichte beauftragt werden, da sonst der Handlungsgehilfenverband beauftragt werde, die betreffenden Vereine als tariflos zu betrachten. Dr. Müller verlangte demgegenüber zunächst, daß abgeschlossene Verträge auf beiden Seiten gehalten werden. Eine Verpflichtung lasse sich der Zentralverband der Kaufmannvereine auch in keiner Weise von außenstehenden Personen auferlegen. Verantwortlich könne der Zentralverband nicht gemacht werden, wenn einzelne Vereine den Vereinbarungen nicht nachkommen. Ein solches Verhalten müsse natürlich mißbilligt werden. Der Ton der Resolution stehe aber auf der gleichen Höhe, wie journalistische Ungezogenheiten im Lagerhalterblatt. Diese Methode wäre für eine Verhandlung ungeeignet, denn auf solche Formen sei stets nur mit Schweigen geantwortet worden. Wenn Organisationen aufeinander angewiesen sind, solle man nicht drohen. Aber man werde die Resolution trotzdem nicht bei Seite legen. Wichtiger als die Form sei die Frage, wie in Zukunft ein besseres Wirken der Schiedsgerichte erreicht werden könnte. Ein großer Teil der Streitfälle warte dem Tarifamt überwiesen werden und die Verfassung der Schiedsgerichte müßte einer Revision unterzogen werden. Sie müßten paritätisch zusammengesetzt sein und ein Unparteiischer neu gewählt werden, wenn keine Verhandlung erfolgen könne. Letztere herbeizuführen, sei aber die Hauptsache für das Schiedsgericht. Auch die Genossenschaften hätten Ursache, mit dem bisherigen Verfahren der Schiedsgerichte nicht ganz zufrieden zu sein.

Die Darlegungen Dr. Müllers berichteten leider mehr, als notwendig erscheint, alte Streitpunkte zwischen Genossenschaften und Lagerhaltern und hätten jedenfalls zweckmäßiger gewirkt, wenn auch sie in der Form etwas langwieriger gehalten worden wären. Der Ton macht offenbar bei dem ganzen Differenzieren haben wie drüber die Waage. Die angeführten positiven Vorschläge Müllers zeigten aber dennoch eine bestimmte Richtung zur Verständigung, die denn auch vom Genossen Böhmel, Redakteur des Organs der Lagerhalter und Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, aufgegriffen wurde. Er erklärte, die Resolution habe mit der Redaktion des Lagerhalters nichts zu tun, sondern sei vom Vorstand des Zentralverbandes einstimmig gefaßt und — als geeignet aber ungeeignet — sei der letzte Weg gewesen, der offen stand. Der Zentralverband der Kaufmannvereine sei verpflichtet, für Einhaltung des Vertrages von 1904 zu sorgen. Es handle sich nicht um ein wenig Geld. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen sehe aber in dem Zentralverband der Kaufmannvereine das Vertrauen, daß er solche Fälle nun in Zukunft verhindern. Auch dem Tarifamt bringe man das richtige Verständnis entgegen; aber, da oft ein schnelles Verfahren notwendig sei, wäre das Schiedsgericht nicht überflüssig. Treu und Glauben müsse auf beiden Seiten herrschen, da sonst sich die Handlungsgehilfen auch nicht mehr fügen würden.

Dr. Müller entgegnete in feinem Schlußwort, es wären niemals Beschwerden in offizieller Form an den Zentralverband der Kaufmannvereine gelangt. Statt diesen ersten Weg einzuschlagen, habe man gleich den letzten gewählt, behaupte aber trotzdem, es sei der erste. Mit Verständigung werde jedoch davon Kenntnis genommen, daß die Handlungsgehilfen in allen Fällen, wo es möglich, das Tarifamt anzurufen wollen. Über eine andere Verfassung der Schiedsgerichte müßten aber noch Verhandlungen geführt werden, die hoffentlich auch zu einer Verständigung führen. In einer solchen sei ja beiden Seiten gelegen. Damit war die Sache jetzt erledigt.

Die bisherigen Vertreter im Tarifamt, J. Kaufmann, v. Elm, Lorenz, Dr. Müller und Meyer wurden wiedergewählt; ebenso als Ersatzleute Berger und Oberlag.

Der dritte Verhandlungstag brachte unserer Organisation und den Transportarbeitern die Entscheidung über das Tarifamt, das in unermesslicher Arbeit neu errichtet werden ist. Dr. Müller gab zuerst ein Bild dieser großen Arbeit, der sich die Tarifkontrahenten unterzogen haben. In den Kreis der beratenden Personen waren viele Vertreter von beiden Seiten hinzugezogen; anfangs war zu befürchten, daß eine Einigung nicht erzielt würde. Die Höhe der von den Gewerkschaften angebotenen Forderungen machte einige Veränderungen nötig. Man habe sie auch abhandeln eingerichtet; aber dann sei leicht im Laufe der Zeit der Gedanke fest, daß man an den ersten Forderungen festhalten müsse. Es sei praktischer, daß schon vor der Aufstellung von Forderungen zwischen den Vorständen der Parteien eine Verständigung über die Möglichkeiten versucht werde. Kein Genossenschaftler zweifle daran, daß infolge der gesteigerten Preise den Arbeitern die Erfüllung ihrer Forderungen zu wünschen wäre. Die Genossenschaften könnten sich aber nicht allein durch sozialpolitische Denke leisten lassen. Sie ständen im Konkurrenzkampf und damit unter der Pflicht für die Dinge zu geben. Gerade habe man nicht nur mit der Konkurrenz der Metzler zu rechnen, und deshalb wäre ein genaues Kalkulieren eine unabdingbare Notwendigkeit geworden. Die Genossenschaften könnten anwenden, um den Arbeitsvertrag zu steigern. Sie hätten weiter zu beachten, daß die jetzigen Tarife zwar insgesamt nur ein Fünftel der Befähigten umfassen, daß aber viele Bestimmungen ohne weiteres auf die Arbeitsbedingungen aller Angehörigen der Vereine übergriffe. Dann müsse man ferner nicht vergessen, daß die Kaufmannvereine erst einen kleinen Auschnitt des allgemeinen Wirtschaftskreislaufes bilden. Sie könnten nicht aus dem großen Rahmen herausfallen. Dieser Gesichtspunkt werde ja auch von den Gewerkschaften anerkannt.

Dr. Müller ging dann auf den Inhalt der Tarife ein und behandelte einzelne Punkte, die wesentliche Änderungen gegen früher bringen, ausführlicher. Ausdrücklich wolle er hervorheben, daß am 1. August die Lohnzulagen allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen gezahlt werden müssen, auch wenn sie eventuell jetzt schon einen Lohn in der Höhe beziehen, wie er erst für 1916 als Mindestlohn angezählt ist. Wichtig sei schließlich noch besonders, daß der neue Schlußpaß bei, bei Inkrafttreten des Tarifes müssen bestehende günstigere Bedingungen ausdrücklich schriftlich festgelegt werden, wenn sie fernergültig sein sollen. Zur Herabsetzung der Löhne dürfe diese Bestimmung aber nicht benutzt werden. Leider gab der Referent in bezug auf eine tarifliche Regelung der Backmeisterlöhne seiner Meinung dahin Ausdruck, daß er eine solche nicht für richtig halte. Aber vereinbart sei, im Herbst über Verhandlungen in dieser Frage einzutreten. (Warum Dr. Müller seine Normen für die Backmeisterlöhne ablehnt, ist uns um so unverständlicher, da ja selbst die Mehrheit der Vorstandmitglieder der Genossenschaft, ihre Gehälter nach seiner Grundidee geregelt wünschten. S. B.) Abschließend meinte Dr. Müller, die Lohnherabsetzungen von 11 bis 13 v. H. würden wohl vielen Genossenschaften nicht gefallen — abgesehen von anderen Bestimmungen —, manche Vereine seien aber schon früher freiwillig über tarifliche Vorzüge hinausgegangen und man kann es den Genossenschaften nicht verdenken, wenn sie dies ausnutzen. Zu Beginn müssen natürlich derartige Belästigungen, wie sie jetzt eintreten, ausgeschlossen sein. Eine Annäherung an die verbotenen Arbeitsverhältnisse müsse verlangt werden und eine Verlangsamung der Löhne werde eintreten. Vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen bedingen natürlich auch vorbildliche Arbeitsleistungen. Das zu erreichen sei allerdings nicht Aufgabe der Genossenschaften, sondern in erster Linie der Genossenschaftsleitungen selbst, und ein Genossenschaftsleiter müsse die Fähigkeit besitzen, es dahin zu bringen, daß man jedoch nicht unangenehme Arbeitsbedingungen eine Ablehnung des Tarifes begründen. Eine Ablehnung gebe den Genossenschaften nur freie Hand und die Folge warden Einzelforderungen sein. Zuletzt meinte Dr. Müller nochmals recht eindringlich für eine möglichst geschlossene Annahme ein und wies auf die grundsätzliche Bedeutung einer solchen Tat hin. Die Genossenschaften waren nicht losgelöst aus der allgemeinen Arbeiterbewegung, sie seien mit den Genossenschafts-Mitgliedern am gleichen Strang, und was dem einen Gliede nütze, nütze auch dem andern. Die Größe des einen können auch dem andern zugute. Soziale Forderungen müsse man tragen.

Der laute Beifall, der dem Referenten wurde, zeigte nun vorab, daß die Mehrheit ihm zustimmte, und war ein gutes Zeugnis für das sozialpolitische Verständnis der Genossenschaftsleiter. Aber ein nicht unerheblicher Teil derselben meinte, wie die letzte Debatte bald beweisen sollte, daß nicht gleich für einen Abschluß stimmen, weil einzelne Positionen aus schließlich zu große Opfer forderten. Nicht wurde — speziell in diesen Punkten etwas über längere Zeit — von Herr Dr. Staudinger die überaus wichtige Frage angesprochen, ob es die Kapitalisten oder die Arbeiter selber sind, die uns durch den verbotenen Lohn ausbeuten lassen. Nicht durch das Drängen nach immer höheren Löhnen, sondern durch das allmähliche Senken der Ausgaben ist eine Senkung der Gehälter notwendig. Rekrutierung waren aber diese Ausrichtungen in jedem Augenblicke, weil der überlegende Teil der Arbeiter einen neuen Tarifvertrag nur als eine rein rechtliche Angelegenheit und darüber hinaus nur noch durch die soziale, wirtschaftliche Wirkung im Auge hatte. Soziale Bedingungen legen dem Genossenschaftsleiter auch noch eine Forderung über die Interessen des Genossenschaftsverbandes in bezug auf den Lohn an, die er als unumgänglich ansieht. Die Arbeiter in den Genossenschaften müßten sich als Konsumenten ihren Lohn als Lohnnehmer rechnen, nicht als Produzenten. Soziale Lage der Arbeiter der einzelnen Betriebe näher und somit, die Arbeiter müßten einsehen, daß der vorgeschlagene Tarif eine gegenüber dem gewöhnlichen Tarif eine Senkung sein würde, wenn es nicht gelang, seine Bestimmungen auch in den Einzelbetrieben durchzuführen. Da dies er nicht kann, er würde wieder, daß bei einem solchen Tarif die Genossenschaft groß und stark ist und daß Genossenschaften und Gewerkschaften wie die Arbeiter einen Gehalt niemals überlassen würden. Vom Standpunkt der Forderung vertrat der Standpunkt, daß der Arbeiter einseitig kämpfer geübt werden kann, ein Tarif, der auf den einen oder anderen Fall abgesehen ist, kann man nicht sagen, daß er gerecht ist. Man müßte versuchen, der Arbeiterbewegung in den Genossenschaften es anzubringen, daß das von ihnen abgegebene Material ihr Eigentum ist und daß sie von ihm selbst mehr fordern können, so daß von ihnen nicht mehr gehandelt zu werden müßte. Im Verband müßten die Rechte des Tarifes, unter dem Einfluß gegenüber einer Senkung von Dr. Müller, daß es eigentlich nicht natürlich ist, wenn die Arbeiterbewegung nur die Hälfte der Lohnzulage der Arbeiter bekommt.

In der letzten Debatte wurde von Herr Dr. Staudinger gegen die ihnen üblichen Grundzüge des Tarifvertrages, der durch eine Zusammenfassung gebracht habe, und gab seiner Meinung Ausdruck, daß der Lohn, der für eine Herabsetzung des Lohnes, eine Senkung der Ausgaben und andere Maßnahmen der Genossenschaften anzuwenden, die sie zu tun nicht können. Eine Senkung der Löhne müßte diese Leute haben, aber sie müßten im allgemeinen zur Verfügung sein.

Dr. Müller meinte, daß die Genossenschaften sich auf den Tarifvertrag einlassen müssen, wenn sie den Tarifvertrag nicht als verbindlich betrachten, sondern nur als unverbindlich betrachten. Er meinte, daß die Genossenschaften sich nicht auf den Tarifvertrag einlassen können, wenn sie den Tarifvertrag nicht als verbindlich betrachten, sondern nur als unverbindlich betrachten.

Gesamt der Tarif sei in der Hoffnung vorgelegt worden, daß er abgelehnt werde. Der Medner stellte noch weiter die Behauptung auf, der Zentralverband der Bäcker und Konditoren schreie immer noch Tarife mit Brotfabriken ab, denen die zwölfstündige Arbeitszeit zugehört sei.

Diese Opposition wurde am Schluß nicht nur nochmals durch Dr. Müller bekämpft, sondern natürlich auch von den anwesenden Gewerkschaftsvertretern. Genosse Dreher vom Transportarbeiterverband erinnerte Dr. Müller zunächst daran, daß es zwar theoretisch recht nett klinge, wenn nur das „Erreichbare“ gefordert werden soll, was „erreichbar“ ist, sei aber eine Doktorfrage. Auf der andern Seite hätten aber auch die Genossenschaften verschiedene Verschlechterungen hineinschieben wollen. Auch in den Privatbetrieben näherte man sich mehr und mehr Arbeitsverhältnissen, die dem entsprechen, was in diesem Tarif niedergelegt worden ist. Selbstverständlich wäre es, daß auch die Arbeiter Vorbildliches zu leisten haben. Unser Kollege Illmann stimmte mit Dreher's Ausführungen überein und wendete sich dann gegen die Darstellung des Hohenheim-Ernstaler Vertreters. Es sei nicht wahr, daß dort mit Brotfabriken ein Tarif mit zwölfstündiger Arbeitszeit abgeschlossen worden ist. Nicht einmal in ganz Deutschland. Daß die Arbeitsbedingungen in den Genossenschaften fordernd auf die ganzen Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe und auf die Organisation der Berufsarbeiter eingewirkt habe, werde von der Organisationsleitung immer anerkannt. Und da sich tatsächlich der allgemeine Lohndurchschnitt im Laufe der Jahre ständig gehoben habe, so wären auch die Forderungen der Bäcker an die Genossenschaften gerechtfertigt gewesen. Er hat um möglichst einmütige Annahme des Tarifes. — Die Abstimmung ergab dann die Annahme des Tarifes gegen 56 Stimmen, die meist aus Bayern und kleineren Betrieben herrührten; eine Erklärung der Opponenten besagte unter anderem, daß sie nicht dafür stimmen könnten, weil die jetzt schon über den Tarif hinaus gewährten Bedingungen nicht herabgesetzt werden seien. Selbstverständlich sei man aber zu Verhandlungen mit der Organisation sofort bereit.

Somit ist wieder auf fünf Jahre ein festes Vertragsverhältnis mit den Genossenschaften zustande gekommen, und wir sind überzeugt, daß einzelne Meinungsverschiedenheiten mit bestimmten Vereinen auch noch ihren Ausgleich finden werden. Wesentlich unterschätzt auch unsere Kollegen nicht die große sozialpolitische Bedeutung, die in dieser Vereinbarung liegt, und schäme sich nicht, die Zustimmung für die immer reichere Befreiung unserer allgemeinen Berufsverhältnisse. Aber nicht nur bloße Zustimmung soll sie zeigen, wir möchten, daß sich auch ihr Pflichtengefühl gegenüber der eigenen Organisation dadurch hebe, denn das Verlangen der Genossenschaften, das dahin geht, auch in den Privatbetrieben ähnliche Verhältnisse durchzusetzen, war nur zu berechtigt. Und wir wünschen außerdem, daß sich auch das Pflichtengefühl der organisierten Arbeiter im allgemeinen gegenüber den Genossenschaften noch viel mehr steigere. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß auf diesem Genossenschaftstag in stärkster Weise die Zusammengehörigkeit aller Glieder der Arbeiterbewegung zur Geltung kam, und daß man der Hoffnung sein kann, daß unheilbare Vorurteile, wie sie in den letzten Jahren in die Erscheinung traten, vermieden werden oder entstehende Differenzen eine sachgemäßere Behandlung erfahren sollen, als es leider zum Schaden des Ganzen bisher mitunter der Fall war. In dem wirtschaftlichen Niedergange, den die Genossenschaften in ihrer Gesamtheit durchleben, werden sich selbstverständlich hin und wieder Meinungsverschiedenheiten ergeben; wenn man aber im allgemeinen davon überzeugt ist, daß die Genossenschaften bestrickt sind, sozialpolitisch ihren Pflichten nachzukommen, so sollte man auch bei einzelnen Differenzen in der Cessantität stets mit größter Objektivität vorgehen. Das wird dem Ganzen nur dienen können! Die andere Punkte der Tagesordnung: Bericht des Hauptbüros, Vorlegung der Feriensatzung und die notwendigen Beschlüsse, waren schnell erledigt. Barth und Dorenz wurden wieder Vorstandsmitglieder. In den Ausschuss waren Professor Staudinger, v. Elm und Roppig. Der nächste Genossenschaftstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.



Verbandsnachrichten.

Schlussnahme des Verbandsverbandes.

Am Montag der Jahreshöhe Hannover wurde Herrmann Schwarz (Bach Nr. 25503) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.
F. H. O. Illmann, Vorsitzender.

Leistung.

Vom 22. Juni zum 20. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:
Für Rat: Kronsberg 197,04, Selensienchen 52,70, Hohenberg 96,65, Hohenberg 62,98, Sonnbrüden 217,95, Bodden 54,95, Hohenberg 51,15, Wustrow 38,47, Hohenberg 34,87, Hohenberg 22,98, Ureslau 451,11, Strada 45,95, Bodden 335,19, Hohenberg a. d. R. 29,90, Hohenberg 141,20, Hohenberg 94,88, Ureslau 57,80, Lang 282,80, Gohl 53,11, Hagen 21,50, Hagen 23,40, Schmoll 42,10, Hohenberg 50,55, Hohenberg 58,55, Ureslau 48,40, Hohenberg 35,15, Hohenberg 47,85, Edmann 61,40, Ureslau 57,80, Hohenberg 41,10, Hagen 47,30, Hohenberg 24, Ureslau 58,40, Hohenberg 108,72.

Von Einzelschaltern der Hauptkasse: S. M., Melbourne Nr. 40, 80, D. B., Holzminen 17, F. L., Hohenberg 8, Für Abonnements und Anzeigen: Hohenberg 2,40, Hohenberg 3, Hohenberg 6,50, F. Sch., Stuttgart 8, H. G., Mannheim 3, Hohenberg, „Amicitia Concordia“ in Hamburg 18. Der Hauptkassierer: D. Freitag.

Aus den Bezirken.
Schwabenmühl a. M. Die Adresse des Kassierers ist: Franz Kehl, Sattlerstr. 12, 3. Et., welcher auch die Unterzeichnung ausbezahlt.

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Bäcker.

Tarifabschlüsse mit Berliner Brotfabriken. Während in den Großbetrieben von Goldacker und Weidner der Kampf ungeschwächt weitergeführt wird, ist es der Organisationsleitung gelungen, mit den Brotbäckereien Heuser und Schmidt & Söhne für die Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Der Vertrag mit der Firma Heuser hat folgenden Wortlaut:

1. Arbeitszeit. Die Höchstarbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden; in dieselbe fallen die notwendigen Essenspausen, die insgesamt eine Stunde betragen und dem Betrieb angepaßt werden müssen. In jeder Schicht gilt als Arbeitspensum bei drei Mann und zwei Oesen acht Schoß Brot. Wöchentlich sind nur sechs Arbeitsschichten zu leisten, so daß in jeder Woche der sechsbunddreißigstündige Ruhetag garantiert ist. Die Schichten wechseln jede Woche.
2. Löhne. Die Löhne verstehen sich als Wochen- und Minimallohne. Als solche werden:
für die Arbeiter... M. 35
für die Backwarenarbeiter... M. 30
wöchentlich bezahlt. Für Wochenfeiertage wird am Lohn keinerlei Kürzung vorgenommen. Ueberstunden werden pro Mann und Stunde mit 65 % vergütet. Das Säuermachen an Sonn- und Feiertagen wird nach dem Ueberstundenmaß bezahlt. Aushilfen erhalten pro Schicht M. 6.
3. Arbeitseinstellung und Organisation. Sämtliche Arbeitskräfte werden vom Arbeitsnachweis des Verbandes, Engelauer 14 (Telephon: Amt Moritzplatz, 2396), bezogen. In Anerkennung der Organisation werden in der Bäckerei nur Angehörige des vertragsschließenden Verbandes beschäftigt.
4. Schlussbestimmungen. Dieser Tarif tritt mit dem Tage der Unterschrift in Kraft und gilt bis 1. Mai 1916. Wird derselbe nicht einen Monat vor Ablauf von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt, so gilt er stillschweigend immer auf ein weiteres Jahr. Alle etwa über diesen Tarif hinausgehenden bestehenden Vergünstigungen bleiben in Kraft.
Berlin, den 5. Juni 1914.

(Unterschriften.)

Der vereinbarte Tarif mit der Firma Schmidt & Söhne lautet:

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt inklusive einer einstündigen Pause, die dem Betrieb angepaßt wird, zehn Stunden täglich. Solange nur in einer Schicht gearbeitet wird, beträgt die Höchstarbeitszeit elf Stunden. Jedoch muß in dieselbe einschließend eine ununterbrochene Ruhepause von einer Stunde fallen. Wo diese Ruhepause aus technischen oder anderen Gründen nicht gewährt werden kann, tritt eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit ein. Wöchentlich sind nur sechs Arbeitsschichten zu leisten, so daß den Arbeitern in jeder Woche ein sechsbunddreißigstündiger Ruhetag garantiert wird. Die ohne Schuld der Arbeiter zu leistende Minderarbeit, auch solche, die durch gesetzliche Feiertage herbeigeführt wird, kann nicht aufgerechnet werden oder durch Ueberstunden in Abrechnung kommen.
2. Löhne. Die Löhne verstehen sich als Wochen- und Minimallohne. Diese Minimalwochenlöhne betragen für die letzten Arbeiter M. 30. Verantwortlichen Arbeitern ist entsprechend mehr zu zahlen. Für gesetzliche Feiertage erfolgt keinerlei Lohnabzug. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, wo sie jedoch unumgänglich sind, werden sie pro Mann und Stunde mit 70 % bezahlt. Sonn- und Feiertagsvorarbeiten werden pro Mann mit M. 2 vergütet. Aushilfen erhalten pro Schicht M. 5,50. Die Lohnzahlung erfolgt freitags.
3. Arbeitseinstellung und Organisation. Sämtliche Arbeitskräfte, auch Hilfsarbeiter, sind vom Arbeitsnachweis der Organisation, vom Verbandsbureau des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Engelauer 14, 3. Et. (Telephon: Amt Moritzplatz 2396), zu beziehen. In Anerkennung der Organisation werden bei Herstellung von Backwaren irgendwelcher Art in allen Rufen nur Angehörige des vertragsschließenden Verbandes beschäftigt.
4. Ferien. Alle bei Herstellung von Backwaren Beschäftigten erhalten in den Sommermonaten Ferien unter Fortzahlung des Lohnes in nachstehender Weise gewährt:
Bei einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 1 Woche
" " " " " " " 2 Jahren 10 Tage
" " " " " " " 3 " 12 "
" " " " " " " 4 " 14 "
5. Sonder- und Schlussbestimmungen. Alle bei Herstellung von Backwaren Beschäftigten fallen unter diesen Tarif und sind der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen teilhaftig. Lehrlinge werden im Betriebe nicht gehalten. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, als dieser Tarif vorsieht, bleiben bestehen. Der Tarif ist im Betriebe an einer den Arbeitern leicht sichtbaren Stelle anzuhängen.
Dieser Tarif tritt am 1. Mai 1914 in Kraft und gilt bis 30. April 1916. Er verlängert sich stillschweigend immer auf ein weiteres Jahr, wenn er von keiner der vertragsschließenden Parteien einen Monat vor Ablauf desselben gekündigt wird.
Berlin, den 5. Juni 1914.

(Unterschriften.)

Tarifveränderung in Stettin. Mit der Bäckerei...

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden...

2. Löhne. Der Minimallohn beträgt M. 27; für die...

3. Ferien. Jeder Arbeiter, der bis zum 1. Oktober...

4. Beiträge zur Invaliden- und Krankenkasse...

5. Bisherige günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Dieser Tarif tritt mit dem 1. Juni 1914 in Kraft...

Züllchow, den 25. Mai 1914. (Unterschriften.)

Aus Mägen. Auch im dunkelsten Deutschland wird es...

Der Vertrag mit der Firma Günter lautet:

1. Lohn. Sämtliche Löhne gelten als Mindest- und...

2. Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu...

3. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt täglich...

4. Sonntagsarbeit. An Sonn- und gesetzlichen...

5. Tariffdauer. Der Tarif tritt am 21. Juni 1914...

6. Besonderes. Vorstehender Tarif ist gültig für...

Mägen, den 16. Juni 1914. (Unterschriften.)

Zur Lohnbewegung der Lindener Bäder. In einer...

aber vor allem nötig, daß der Lindener Innungsvorstand...

Lohnbewegung in Remscheid. Eine am 27. Mai...



Korrespondenzen. Bäder.

Hannover. (Unlauterer Wettbewerb.) In den...

Es handelte sich um zwei verschiedene Nachahmungen...

Diese Entscheidung ist durch ein weiteres Urteil...

lebenden Bostott, den die hannoversche Arbeiterschaft...

Sirschberg i. Schl. In einer von über 40 Kollegen...

Leipzig. (Prügel sind gerade was feines.) Ueber...

Auf Anregung unserer Zahlstelle hatte die Aus-

Stellungnahme über die zur Ausstellung kommende... Die Ausstellung wird nun in den in vollem Betrieb vorzuführenden Maschinen einen Fortschritt zeigen, welcher zur Folge haben muß, daß bedeutende Arbeitskräfte erspart werden.

Enkl. Wie viele unserer Kollegen sich immer wieder von den Bäckern das Selbständigwerden glaubhaft machen lassen, lediglich zu dem Zwecke, damit diese auf lange Jahre billige und willige Arbeitskräfte haben, davon konnte in jeder Nummer eine große Anzahl solcher Betrüger angeführt werden.

Zusatz. (Arbeitszeit der Bäckerlehrlinge.) Wie es mit der Arbeitszeit der Bäckerlehrlinge aussieht, beweist uns folgender Fall:

Die Bäckerlehrlinge bei dem Bäckereibehalter Schneider, normals Mietlich, in Lichtentanne bei Jindau, werden bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von täglich 14 Stunden beschäftigt.

Die Lehrlinge sehen im zweiten und dritten Schuljahr. Auf diese Art und Weise scheint der junge Kaufinger (er ist seit einigen Wochen erst in Besitze der Bäckerei) ein ganz guter Bäckereibehalter zu werden.

Rendite.

Bei (Arbeiterlohn in den Konditoreien.) Eine bekannte Tatsache ist, daß Arbeiterlohnbestimmungen nur dann innewirken werden, wenn die Arbeiter selbst die feste Beschäftigung derartiger Bestimmungen verlangen.

Zusatz.

Bei (Erfolge eines gelben Werkvereins.) Bei zwei Jahren waren bei der Firma Rattke & Eybaum mehr als 200 Mitglieder in der Berliner Arbeitervereinsvereine.

Der 10. April wurde abgehalten. Zu Bewachern werden sogar die jetzt eingetragenen Beiträge wieder zurückgestellt und noch obendrein von der Firma ein Zuschuß je nach der Mitgliedszahl dem gelben Verein von M. 50 bis M. 100 ausbezahlt.

Das Arbeiterverhältnis.

Bäckerei.

Handhabungsplan der Berliner Bäckereiwirtschaft. Bei Besprechung des Jahresberichts vom Bäckereimeisterverband brachten wir zum Ausdruck, daß die führenden Leute recht gut verfahren, aus der Sache für sich ein Geschäft zu machen.

Wir waren bisher der Ansicht, daß sich die Junungsleiter für die gesetzlichen Bestimmungen als königliche Stützen halten werden und nach § 94 a der Gewerbeordnung ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich ausüben.

Zum Vergleich ist es auch sehr interessant, welche Geldausgaben die Berliner Junung für die ihr nach der Gewerbeordnung zugewiesenen Aufgaben macht.

Zweifellos muß die Junung über riesige Einnahmen verfügen, sonst könnte sie sich nicht die außerordentlich noble Beschäftigung ihrer Führer leisten.

Die Aufrechnung der Junungsgelder erfolgt nur zum allerletzten Teil für die ihr durch die Gewerbeordnung zugewiesenen Aufgaben.

Unsere Mitglieder eruchen wir aber dringend: Bewahrt Euch diese Ratiz auf, und wenn die Scheinheiligen Meister mit ihren Beschäftigten in unsere Versammlungen kommen, so nicht ganz leeren Händen über die hohen Gehälter der Bäckereibehalter, dann mit ihnen dieses Spiegelbild der Junungsführer unter die Lupe.

Großindustrie.

Ein fettes Jahr bei Gebrüder Stollwerck. Das kapitalistische Unternehmertum versteht es trotz der Wirtschaftskrise, für sich ganz nette Summen an Gewinn zu erzielen.

Die Gesellschaft in Preßburg-Wien konnte infolge des Balkankrieges nur unter besonderen Anstrengungen den gleichen Gewinn wie im Vorjahre erzielen.

Ueber die Aussichten wird gesagt: Wenn gleich das Geschäftsjahr bisher die Hoffnung auf erhebliche Besserung des Erwerbsebens ungeachtet des billigen Geldstandes nicht erfüllt, so hat es in seinem bisherigen Verlauf doch in allen Abteilungen unseres Geschäfts eine Zunahme des Umsatzes gebracht.

And wie geht es mit den beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen in den Stollwerck'schen Großbetrieben? Sie sind mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen noch ebenso gestellt wie vor Jahren, trotzdem alles im Preise ganz enorm gestiegen ist.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die im Vormonat festgestellte Aufwärtsbewegung der Wirtschaftslage hat auch für den Berichtsmonat April angehalten und dadurch kann mit größerer Sicherheit angenommen werden, daß der Höhepunkt der Krise überschritten ist.

Nach den Berichten der Ortskrankenkassen der Bäder und Fleischer war nur ein Zugang von 74 männlichen versicherungspflichtigen Mitgliedern festzunehmen.

Das allgemeine Bild vom Arbeitsmarkt ist bedeutend günstiger. Nach den Berichten der Krankenkassen kommt eine beträchtliche Zunahme der Beschäftigungsziffer in Frage.

Rechnen wir aber als Maßstab über das Wirtschaftsleben die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen zugrunde, so gegenüber dem April im Vorjahre 4,6 Millionen Mark weniger verzeichnet wurden, so ist das Bild nicht rosig.

gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre noch einen Rückgang aufzuweisen. Die Geldmarktsverhältnisse haben keine Änderungen erfahren. Trotz der günstigen Lage wird sehr zurückgehalten. Besonders in der Nahrungs- und Genussmittelbranche tritt dieser Vorgang recht deutlich in Erscheinung, der aus der allgemeinen Geschäftslage zu ersehen ist.

Die Hochpreiskämpfe haben keine Veränderung im Markt herbeigeführt, die Zweifellos von der günstigen Ernteausicht hervorgerufen wird. Dasselbe kann bei Zucker und Kaffee beobachtet werden.

Das Ergebnis der Statistik für Lebensmittelpreise stellt einen weiteren Rückgang der durchschnittlichen Preise für den Nahrungsmittelverbrauch fest. Es ergab sich eine Indexziffer von 124,96 gegenüber 125,08 im Monat März. Als die teuerste Stadt wurde Köln mit 125,92 und als die billigste Jüterbog mit 120,97 ermittelt. Der Rückgang des Lebensmittelaufwandes ist zum größten Teil auf den Rückgang der Fleischpreise zurückzuführen. Demzufolge kann auch auf den deutschen Schlachttiermärkten eine beträchtliche Steigerung des Absatzes festgestellt werden. In der Hauptsache trifft aber die Steigerung des Auftriebes bei den Schweinemärkten zu. Die alte Lausache. Solange die Preise für Fleisch auf einer fast unerwünschten Höhe für die Arbeiterklasse stehen, geht der Massenkonsum zurück. Der Arbeiter mit seinem kurzen Lohnverdienst ist eben dann nicht in der Lage, Fleisch kaufen zu können. Sobald aber die Fleischpreise sinken, steigert sich der Massenkonsum und die Nachfrage wird lebhafter.

Zunehmend steigt aber auch jetzt die Indexziffer der durchschnittlichen Preise für den Nahrungsmittelverbrauch im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen der Arbeiter auf einer Höhe, die vollständig ausschließt, daß die Arbeiterfamilien auch nur einigermaßen solche Beiträge dafür aufwenden können. Wenn die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse im Betracht gezogen wird, so kann nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz tatsächlich solche Summen allein für Nahrungsmittel aufwenden, wie sie die Statistik ergibt. Die Folge davon ist, daß ein sehr großer Teil des wehrfähigen Volkes an Unterernährung leidet. Die Befreiung solcher unglücklichen Zustände wird niemals durch die Gesetzgeber erfolgen. Diese haben kein Interesse daran, ob es der wehrfähigen Bevölkerung gut geht, aber sehr viel, daß ihre Klassenangehörigen auf Kosten gebetter sind.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der neunte Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes tagte vom 7. bis 12. Juni in Götha. Er war von rund 220 Delegierten, Gauleitern und Vorstandsmitgliedern besetzt. Nach dem Geschäftsbericht des Verbandes war es dem Verbande trotz der Krisis möglich, seine Mitgliederzahl um 34178 zu steigern, und zwar auf 29427, darunter 9201 weibliche.

Durch die Lohnbewegungen wurden ganz wesentliche Vorteile für die Mitglieder erzielt. Auch hat sich die Zahl der Tarifverträge wesentlich erhöht. 32 pZt. aller Mitglieder arbeiten zu tariflichen Vereinbarungen.

Der für Unterstützungen aller Art veranschlagte Betrag wuchs sich von 211255,86 im Jahre 1912 auf 4225180,35 im Jahre 1913, also um 197324,49, gleich 198 pZt. Diese Steigerung überragte sowohl in der Summe als auch prozentual alle früheren. Die Ausgaben für Lohnbewegungen stiegen von rund 435000 im Jahre 1912 auf rund 2355000 im Jahre 1913, also um 1820000 oder 398 pZt. Alle diese Steigerungen der Ausgaben verurteilten einen Rückgang des Barvermögens der Hauptkasse um Jahre 1913 um 1780000. Es betrug Ende 1913 1063861.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht erklärten sich die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden.

Der Erneuerung des Genossenschaftstarefs stimmte der Verbandstag gegen wenige Stimmen - denen des Gerichts zu gering war - zu.

Von dreizehn Klauen in den Beratungen nahm die Stellungnahme zu dem Schiedsspruch bezüglich der Grenzfreizügigkeiten mit dem Brauereiverbande ein. Zwischen dem Transportarbeiterverband und den Brauereibetrieben schon seit vielen Jahren Differenzen wegen der Bierfabrikation, die beide Organisationen für sich beanspruchten. Auf Vorschlag der Vorstandskonferenz wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, dessen Einscheid dahin ging, daß Bierfabrikanten zum Organisationsgebiet des Brauereiarbeiterverbandes gehören. Dieser Spruch fand bei den Transportarbeitern starken Widerstand. Legten (Berlin) machte eindringlich, den Schiedsspruch anzuerkennen und zur Durchführung zu bringen. Würden die Transportarbeiter den Schiedsspruch ablehnen, wäre es unmöglich, denartige Grenzfreizügigkeiten auch fernwärts durch Schiedsgerichte zu erledigen. Der Verbandstag nahm schließlich zu dieser Frage eine Erklärung an, die unter anderem folgende:

Das Schiedsgericht hat eine völlig unbegründete, in der Sache verfehlte und die in der Hamburger Resolution ausgesprochenen organisatorischen Rechtsgrundsätze missachtende Entscheidung gefällt, die praktisch undurchführbar und in ihren Konsequenzen unhaltbar ist, da sie sich sowohl gegen die Betriebs- wie auch gegen die Betriebsorganisation wendet und die Frage der Judikationsorganisation unerörtert läßt. ... Dieses den Parteien gegenüber unbegründet gebliebene Urteil geht von organisatorischen Grundsätzen aus, die bisher noch keine Geltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatten. Deshalb trägt es nicht nur das Merkmal einer Vergegenständlichung unseres Verbandes, sondern auch der unheimlichen Verbandsmitglieder.

Die Delegierten riefen an den im Jahre 1914 in München tagenden Gewerkschaftskongress die Aufforderung zu erlassen, ob die von Gewerkschaftskongressen aufgestellten organisatorischen Grundsätze auch für schiedsgerichtliche Entscheidungen dieser Art maßgebend und bindend sind. ... Man halte es die Delegierten für absolut erforderlich, daß für denartige schiedsgerichtliche Entscheidungen ein Berufungsverfahren gesichert wird.

Der Verbandstag nahm dann noch eine Neuordnung (Erhöhung) der Beiträge entgegen. Diese betragen künftig 75, 60, 45 und 30 % pro Woche, je nach dem Verdienst (bisher 50, 45, 40 und 25 %). Die Zuweisung der Mitglieder richtete sich bisher nach dem örtlichen Durchschnittslohn und galt für den Ort derselbe Satz. Jetzt sind die Staffelbeiträge personell. Mitglieder mit über 100 Wochenverdienst gehören der ersten Klasse an. Für diese wurde auch eine erhöhte Unterstützungsstufe geschaffen.

Die bisherigen befohlenen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Der Deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1913. Der Landarbeiterverband hatte am Schlusse des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes der Gegner des Verbandes. Die Mitgliederzahl stieg von 13157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20267 (darunter 894 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 182447 im Jahre 1912 auf 100995 im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figuriert für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12020, im Jahre 1913 die Summe von 20373. Der Rechtschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtskosten 18880 im Jahre 1912 und 17040 im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurde 1912 ausgegeben 10970 und 1913 der Betrag von 12516. Erheblich sind die Summen, die von den Ortsgruppen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beträge für Sterbegeld, Maßregelungsunterstützung und für Lohnbewegungen.

Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen

Spätestens am 27. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für 1914 (28. Juni bis 4. Juli) fällig.

Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeitsstellenungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtschutz, erforderte in den Jahren 1912 und 1913 ein Eingreifen in 1366 Fällen.

Die unter den ungünstigsten Umständen erreichte Steigerung des Mitgliederbestandes, ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst, und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflussreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden.

Allgemeine Rundschau

Der Generalfreist in Italien. Zu einem Generalfreist führten die Vorgänge in Ancona, wo anlässlich des Verfassungsfestes bei einem Demonstrationenzug eine Anzahl Demonstrationen von der Soldateska niedergedrückt wurden. Die als Antwort darauf ausgegebene Parole von der sozialistischen Partei und der Konföderation der Arbeit auf Einstellung der Arbeit wurde in den nördlichen Städten fast allgemein befolgt, und so erreichte der Generalfreist eine Ausdehnung, wie keine dieser vorhergehenden Massenarbeitsseinstellungen. In Rom wurde der Straßenbahn- und Straßenverkehr vollständig. In verschiedenen Städten sind keine Zeitungen erschienen. Mit der bewaffneten Gewalt und den Streitenden kam es in vielen Städten zu Zusammenstößen. Die Bewegung erreichte aber ihren Höhepunkt in mehreren Städten der Romagna. Hier wurde die Republik proklamiert in dem Glauben, daß auch in den übrigen Städten Italiens die Republik erklärt wurde.

Zu eigenartigen Vorgängen gegen frühere Generalfreistbewegungen führte das Verhalten der Reaktion, die eine Gegenorganisation organisierte, die allerdings ihre Wirkung vollständig verfehlte. In der Nacht zum 11. Juni wurde nach achtundvierzigstündiger Dauer durch die Konföderation der Arbeit der Generalfreist für beendet erklärt. Zweifellos hat diese Massenbewegung erneut gezeigt, welche gewaltige Menge von Jähzorn in der wehrfähigen Bevölkerung vorhanden ist, und man sich nicht wundern braucht, wenn durch das fortwährende brutale Auftreten der bewaffneten Macht Explosionen ausbrechen müssen. Die Bewegung erfaßte dadurch nicht nur die Kreise der sozialistisch denkenden Arbeiter, sie wälzte sich weit darüber hinaus und riß die Anhänger selbst auch von den linksstehenden bürgerlichen Parteien mit. In Würzburg wäre aber, daß nun auch die italienische Regierung daraus Lehren zieht. In den letzten Jahren sind zu uns schon so oftmals Rittierungen gedrungen, wo Militär im Kampfe gegen Streitende schreckliche Blutbäder angerichtet hat. Unter solchen Umständen sind diese Vorgänge bei der Spitze der romanischen Bevölkerung verständlich. Für die herrschenden Klassen dienen sie aber als eindringliche Mahnung.

Internationales

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch in Berlin, haben die Hefte 12 und 13 ihres 20. Jahrgangs zu einem Sonderheft vereinigt. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Carl Legien, M. d. R.: Zum deutschen Gewerkschaftskongress 1914. - Edmund Bernstein, M. d. R.: Die Gewerkschaften und das Lohnproblem. - Theodor Leipart: Politisch oder neutral? - Wolfgang Lenz, M. d. R.: Schutz dem Koalitionsrecht! - Hugo Schöppel: Politik in Gewerkschaften, die Bureaukratie und das Unternehmertum. - Emil Döblin: Tarifgemeinschaft oder Verschärfung der Gegensätze? - Adolph v. Elm: Die Volkspflege und ihre Gegner. - Paul Umbreit: Gewerkschaften und Sozialpolitik. - Johannes Zimm, M. d. L.: Das Scher-

tern der staatlichen Förderung der Arbeitslosenversicherung in Bayern. - Hugo Haesch: Zur Frage des Arbeitsnachweises. - Dr. Arth. Scholz: Landarbeiterverband und Landarbeiteranstellung. - Robert Schmidt, M. d. R.: Organisationsfragen der Gewerkschaften. - Heinrich Stähler: Die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften bei Streiks und Auspöhrungen. - Rudolf Biffert: Arbeitersekretariate und Behörden. - Gertrud Janarz: Die Bedeutung der Frauenberufarbeit für die Gewerkschaftsbewegung. - Paula Thiede: Die fachgewerbliche Ausbildung der Arbeiterin. - August Wänig: Theodor Bismarck. - Politik von Dr. L. Duesel, M. d. R. - Wirtschaft von M. Schöppel. - Gewerkschaftsbewegung von R. Kampffmeyer. - Genossenschaftsbewegung von G. David. - Sozialpolitik von F. Heiden. - Kommunalsozialismus von Dr. G. Lindemann, M. d. L. - Philosophie von Dr. K. Grelling. - Biologie von Dr. A. Kuelch. - Psychologie von G. Scham. - Sozialwissenschaften von Dr. C. Schmidt. - Rechtswissenschaft von Dr. A. Kullmann. - Bildende Kunst von G. Tode. - Tichtkunst von M. Hochdorf. - Bühnenkunst von G. Winard. - Technik von Dr. H. Dux. - Kolonisation von G. Kramold. - Als Beilage bringt das Heft ein Porträt Theodor Bismarcks. - Der Preis dieses Sonderheftes beträgt 1,25. Die „Sozialistischen Monatshefte“, die sonst alle 14 Tage erscheinen, kosten pro Quartal (sechs bis sieben Hefte) 4. Sie sind in allen Buchhandlungen und Zeitungskiosken zu haben, auch durch jede Postanstalt zu beziehen, ferner durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamer Straße 121, Berlin W. 35, der auch auf Verlangen jederzeit gern Probehefte kostenfrei zusendet.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 12. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die ausbakterische Jugend. - Zum neunten Gewerkschaftskongress. Von Emil Bloch. - Die Gewerkschaftstheorie des Marxismus. Von Gustav Schöner. - Die beste Gewerkschaftsorganisation. Von Adolf Braun. - Ein deutsches Arbeitsnachweisgesetz? Von Theodor Leipart. - Die Wurzeln der Helben. Von August Wänig. - Christliche Gewerkschaften, Zentrum und Kirche. Von H. Sinberg (Eisen). - Die Reichsversicherungsordnung in der Praxis. Von Friedr. Kreis (Halle a. d. S.). - Anzeigen: Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1913. Paul Louis, Le Syndicalisme Européen. Feuilleton: Die Welt als kapitalistisches Kampffeld. Von Richard Rodt. - Literarische Rundschau: Friedrich Girth, Heinrich Heines Briefwechsel. Von Hermann Wendel. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 1,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 g. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen

(Wo nichts Besondere vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Freitag, 28. Juni:**
Hafen: Vorm. 10 Uhr, „Zum weißen Stroh“. -
Bavensch: Im Terrassental, Reutzel, Ludwigstraße. -
Böhm: 3 Uhr, „Zum goldenen Sömet“, Ecke Rott- und
Klosterstraße. - Celle: 4 Uhr bei Knapp, Friesenstraße. -
Gemeinschaftshaus, Jährstr. 24. - Lübeck: 3 Uhr im
Gemeinschaftshaus, Johannisstr. 30. - Kitzingen: 3 Uhr
bei G. Brändenberg, Peterstraße. - Stadthagen: 3 Uhr im
„Kolleffort“, Minden, Hermannstr. 10.

- Mittwoch, 1. Juli:**
Gumburg-Nova (Seefahrende): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer,
St. Pauli, Silberstraße 15. - Schwabach: 2 1/2 Uhr in der
„Germania“, Grimmitzauer Straße. - Schwabach: 5 Uhr
im „Kaltisch“.

- Donnerstag, 2. Juli:**
Scherkegaden. - Coblenz: 4 Uhr, „Zum weißen
Mann“, Hofstraße. - Cottbus: 3 Uhr bei Giesl,
Schlossstraße 12. - Danzig: 3 Uhr bei Schag, Fisch-
markt 6. - Guben: Bei Judemacher, Salzmarkt 26. -
Hamburg: 4 Uhr bei Lüssenhop, Erste Bergstr. 7. -
Karlsruhe: 3 Uhr, „Zur Karlsburg“, Akademiestr. 30. -
Landsberg a. d. W. (Bäcker): 3 Uhr bei Daber, Kollfe-
straße 18. - Offenbach: 2 Uhr, „Zur Stadt Heidesberg“,
Großer Biergrund. - Tangermünde: 2 Uhr im „Kaiserhof“,
Lange Straße 37. - Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

- Freitag, 3. Juli:**
Cassel (Fabrikbranchen): 8 Uhr bei Diller, Leipziger
Straße. - London: 3 Uhr, Public House „King and
Queen“, Foley Street, London W. - Tübingen: 8 1/2 Uhr
im „Schwanen“, Gschtr. 12.

- Freitag, 3. Juli:**
Apsda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. -
Brandenburg: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Steinstr. 31. -
Coburg: 4 Uhr, „Neue Welt“. - Erfurt: Vorm. 11 Uhr
im Volkshaus, Breite Straße. - Darmstadt: 3 Uhr im
Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. - Duisburg: Vorm.
10 1/2 Uhr, „Zum Heinenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. -
Düsseldorf: Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus, Jägerstraße. -
Erfurt: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloß-
straße. - Gera: 3 Uhr bei Ernst Otto, Gerberge-
begeordeter Straße. - Halle: 3 Uhr, „Zum Heinenhaus“,
Gehlschtr. Bei Schumann, Gehlschtr. 7. - Hildesheim:
Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gohdenstr. 23. - Hof:
Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Monopol“, Bismarckstraße.
Lübeck: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlsstr. 14. -
Münster: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beckler Straße.
- Nuremberg: 2 Uhr bei Götz, Schreinerberg.
- Regensburg: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. - Rostock:
3 Uhr bei Goyu, Nowawes, Auguststraße. - Trier:
3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gieselerstr. 24. -
Tübingen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. -
Worms: 1 1/2 Uhr im „Bahnhofshaus“, in Saucha. -
Zürich: 2 Uhr. - Metz: Vorm. 10 Uhr bei Sievers. -
Weimar: 4 Uhr bei Brummer, Gerhard-Hof-Straße 55.

Für jede Backstube:

**Backpulver
Dr. Crato's Cremepulver
Vanillin-Zucker**

in Kartons, Beuteln und Fässern.

Dr. Crato's Fabrikate für die Gebäckerei und Konditorei sind bestens bewährt.

Ständig einlaufende Nachbestellungen!

Man verlange Muster und Preise sowie Nachbest. von Bezugswesen durch

Dr. Crato & Co., Backpulverfabrik, Bielefeld.

Unsern Kollegen Wilh. Kartsch weiß
seiner lieben Frau

die herzlichsten Glückwünsche
zur Verlobung!

Jahres Oldenburg i. Gr.

Herzlichst begrüßt.

Unsern neuen Kollegen Adolf New weiß
seiner lieben Frau Maria Friederich

die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!

Jahres Wöckel a. H.

Unsern lieben Kollegen, dem Kollegen
Kellmann, ein

herzliches Lebenswohl!

Jahres Lüdenscheid.

Vorwärts

Esamt nur, was hochachtungsvoll heißt und richtig schmeckt.
Das heißt ist ein bester und leichtester zu erwerben durch
die besten Erfahrungen, was einen Praktiker wüßte, was
Konditorei und past. Konditorei Konditorei bei Berlin

Praktischer Konditor

von Carl Kirschbaum.

Das Werk enthält nicht 1200 Rezepte mit Angabe der
Zutensilien, alle für Konditorei und Bäcker wichtigen
Geheimnisse und ausnehmende Ausführung, Berechnung,
die meisten Maschinen, eine Konditorei und

Ein vollständiges Rezeptbuch mit ein jähriges Werk.

Konditorei Konditorei Konditorei. Das glänzendste
geschickte vollständige Werk kostet M. 10. - Gegen Kasse
monatliche Lieferungen von M. 3. - frei vom
K. K. Friedrich Reiser, Leipzig, Schmidtstr. 10.

Bei Konditionen gut einprüfbar

Vertreter oder Reisende

zur Konditorei eines leicht verkauften Artikels ge-
hört. Gute Konditionen, Angebote von W. K. K. K.
an die Expedition dieser Zeitung. [M. 3]

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht

Schönefelder Allee 21. • Bäcker-Verein.

Samstags 8 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Anfangsunterricht. Honorar 10 Pf. Tanzlehrer P. Schütz.

Fliegenfänger

100 St. M. 2.50. Sehen Sie sich an! [M. 3]

Einziges Lehr- und Kochbuch

besten Lehr- und Kochbuch
Gg. Press, Eisenach, Leipzig, 1904.

Fliegenfänger

1 m lang, 4 cm breit, doppelt so stark
Gewicht für jede Stelle. 100 Stück M. 2.50, von
20 Stück an. - Preis: 20 Stück M. 1.50, 50 Stück
M. 3.00. - Best. an: H. Meyer, Leipzig, F. F.

Sichere Existenz! (Eventuell für 2 Familien.)

Keine Gebäckerei und Konditorei (über 40 Jahre bestehend) in bester Lage einer emporblühenden
Hafen- und Garnisonsstadt will ich mit Grundstücken und vollem Geschäftsinventar für den festen Preis
von M. 25000 verkaufen, bei M. 18-20000 Anzahlung.

Umsatz pro Jahr über M. 100000, davon die Hälfte Einnahme.

Für ernsthafte Anfechtungen, die über circa M. 20000 Anzahlung verfügen, wollen Anrufer sofort mit
„Bäckerei und Konditorei“ an Hansenstein & Vogler A.-G., Hamburg. [M. 3]

Trustfrei!

C&G. MÜLLER
Speisefett-Fabrik
BERLIN-SIGGI
NEUNHUNDSEITZUN, KÖNIGSBERG-STR.
vielseitige Fabrikanten Deutschlands
Butter, Eisalmittel, Fettwaren
aller Art.
Spezialitäten:
Margarine (mit Vitaminen in)
Cocoabutter, Palmbutter,
Buttercremefett
Doppelt-Geläutertes
Rambertfett

Schmelze aller Art, Kondensfette,
Mittelschmelze, ungeschaltete Offerte,
Reisige Butter überall gesund!

Man steht über die Verteilung
Jederzeit über die Verteilung
Lehrbuch über die Verteilung, das man
mit der besten Methode...
Eisenach 21

Hamburger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Kaufmanns-Verlag, Schneidmühlentor, Hauptstr. 2, 1. Etg.
gegenüber dem Verbandslokal.

Kaufen Sie Fliegenfänger

Der direkt von der Fabrikator, die haben Sie...
die...
Kaufmanns-Verlag, Hauptstr. 2, 1. Etg.
gegenüber dem Verbandslokal.

Künstliche Zähne, Plomben

Zahnoperationen mit größter Behutsamkeit
Kaufmanns-Verlag, Hauptstr. 2, 1. Etg.
gegenüber dem Verbandslokal.

Für die Redaktion verantwortlich: H. Sankt, Hamburg, Stern-
denkmal 57. - Verlag von E. Meyer, Hamburg. - Druck:
Hamburger Verlagsanstalt und Verlagsdruckerei H. Sankt & Co. in Hamburg.